

HEFT MAI / JUNI 2018

pro POLIZEI



INFORMATIONEN FÜR NIEDERSACHSENS POLIZEI

POLIZEI EXTRABLATT VON 1985

www.polizei.niedersachsen.de

Kriminalstatistik 2017

Weniger Straftaten, weniger Opfer





Seite 14



Seite 8

Polizeiliche Kriminalstatistik 2017
Weniger Straftaten, weniger Opfer, weniger Einbrüche 4

Ein neuer Stern
für die Polizei Niedersachsens 6

Meldungen 7

Verkehrsunfallstatistik Niedersachsen
2017 gab es so wenig Verkehrstote wie nie zuvor 8

Polizeimuseum
Die niedersächsische Polizei in der Weimarer Republik 11

Strategie 2020
Gestern – Heute – Morgen 12

Osnabrücker Fachtagung
Bekämpfung von Extremismus gelingt nur Hand in Hand 14

Forschungsprojekt „SENTINEL“
Digitale Einsatzunterstützung in Einsatzleitstellen 16

Waffengesetz
Umfangreiche Novelle in Kraft 17

Von der PA in die Leitstelle
„Die Arbeit ist anspruchsvoll und spannend zugleich“ 18

Funktionsweste
mit ballastischem Schutz 20

3. und 4. FEM Workshop
„Tragende“ Ergebnisse wurden auf den Weg gebracht 22

„Lebensbedrohliche Lagen“
Landesarbeitsgruppe identifiziert Handlungsfelder 24

Soziale Medien
Livebegleitung per Twitter aus der Einsatzleitstelle OS 26

Ausbaustufe I im Betrieb
Polizeiliche Informations- und Analyseverbund 27



Seite 20

„Die Notrufzentrale“
TV-Sender VOX bietet Einblicke in die Arbeit von
Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten 28

Alumni
der Polizei Niedersachsen 29

Dialog auf Augenhöhe
Ministergespräche werden fortgesetzt 30

TITELBILD: FOTOLIA · DENISSIMONOV

Impressum **proPOLIZEI** XXXIII. Jahrgang

Herausgeber: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Lavesallee 6, 30169 Hannover | Verantwortlich: Philipp Wedelich, Vertreter: Bastian Lückfeldt | Redaktion: Dennis Dickebohm, Frank Federau, Hans Gehrman, Sabine Hoffmann, Thomas Münch, Franziska Santhiralingam, Sven Thielert, Doris Wollschläger
 Anschrift der Redaktion: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Redaktion proPOLIZEI, Postfach 221, 30002 Hannover | Tel. 05 11/1 20- 60 44 oder - 62 59, Fax 05 11/ 120- 65 55, E-Mail: propolizei@mi.niedersachsen.de
 Konzept, Layout & Satz (DTP): @ktuell Redaktionsbüro Draxler, Im Lohe 13, 29331 Lachendorf | Druck: Sedai-Druck GmbH & Co. KG, Böcklerstr. 13, 31789 Hameln
 Alle in proPOLIZEI veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich vor, Leserzuschriften (gegebenenfalls in gekürzter Form) zu veröffentlichen.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Am 26. Februar fand die Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2017 sowie der Ergebnisse der dritten niedersächsischen Dunkelfeldbefragung statt, die auch ganz im Zentrum dieser Ausgabe stehen. Die Ergebnisse, die die PKS für Niedersachsen ausweist, sind in vielen Bereichen überaus erfreulich. So lässt sich feststellen: Niedersachsen ist sicher! Und die Sicherheitslage in 2017 hat sich sehr positiv entwickelt. So wurden weniger Straftaten, weniger Opfer und deutlich weniger Einbrüche registriert, als noch 2016. Gleichzeitig konnte die Aufklärungsquote auf 62,3 Prozent verbessert werden, dem zweithöchsten Stand der vergangenen zehn Jahre. Ein großer Erfolg, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den wir vor allem Ihnen und ihrer professionellen Arbeit zu verdanken haben! Mein Ziel ist es, auch weiterhin gemeinsam dafür zu sorgen, dass Niedersachsen ein sicheres Bundesland bleibt und wir unseren Weg einer modernen, bürger- und dialogorientierten Polizei konsequent fortsetzen. Dabei zähle ich auch weiterhin auf Ihr Engagement und Ihre Bereitschaft bei unseren Anstrengungen einen wichtigen Beitrag für die innere Sicherheit zu gewährleisten. Ich bin mir sicher, dass wir die auch in Zukunft nicht geringer werdenden Herausforderungen erfolgreich miteinander bewältigen.

Weitere Schwerpunkte für unsere polizeiliche Arbeit resultieren auch aus der jüngst veröffentlichten Verkehrsunfallstatistik 2017. Zwar sank die Zahl der Verkehrsunfalltoten auf 403 Personen, die niedrigste Zahl seit 1953, die Gesamtunfallzahl stieg jedoch um ein Prozent leicht an. Hauptunfallursache war - wie im vergangenen Jahr - neben überhöhter Geschwindigkeit die Ablenkung am Steuer. Um in diesem Bereich die Grundlagen für die Verkehrssicherheitsarbeit zu verbessern, hat das niedersächsische Innenministerium im Januar 2018 gemeinsam mit der Technischen Universität Braunschweig und der Verkehrsunfallforschung der Medizinischen Hochschule Hannover in den Bereichen Braunschweig, Hannover und Osnabrück ein Projekt gestartet, um das Dunkelfeld rund um die Unfallursache Ablenkung zu erhellen. Die Ergebnisse sollen perspektivisch in gezielte Maßnahmen zur Verkehrssicherheitsarbeit einfließen, um



Landespolizeipräsident
Axel Brockmann

Niedersachsens Straßen noch sicherer zu machen. Eine professionelle Arbeit erfordert natürlich auch eine ebenso professionelle, den Erfordernissen der Aufgaben entsprechende Ausstattung. So wird derzeit eine Ausschreibung für eine Unterziehschutzweste vorbereitet, die deutlich weniger Gewicht mit sich bringt und mit einer T-Shirt-Hülle versehen sein soll. Zusätzlich werden Prototypen einer sogenannten Funktionsweste mit ballistischem Schutz (vergleichbar mit der Überziehschutzweste) entwickelt. Aus insgesamt vier FEM-Workshops, an denen u.a. Vertreterinnen und Vertreter aus dem Streifendienst, der Bereitschaftspolizei, dem SET-Bereich sowie der Polizeihauptpersonalrat mitwirkten, resultierten bereits unter anderem die Erprobungen von neuen Einsatzhandschuhen und einem ausziehbaren Schlagstock. Letzterer wurde nach erfolgreicher Erprobung bereits eingeführt.

An dieser Stelle können sicherlich nur Ausschnitte der Schwerpunkte unserer Arbeit beleuchtet, Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Ansätze von Veränderungen skizziert werden. Es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele. Einige finden sie in dieser Ausgabe.

Herzliche Grüße

Ihr

Axel Brockmann

Foto: Polizei

Polizeiliche Kriminalstatistik 2017

Weniger Straftaten, weniger Opfer, weniger Einbrüche gestiegene Aufklärungsquote – mehr tatverdächtige Minderjährige



Am 26. Februar hat Innenminister Boris Pistorius die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2017 in Hannover der Öffentlichkeit vorgestellt. Unterstützt wurde er dabei vom damaligen Referatsleiter 23 im LPP, Axel Brockmann, der die Entwicklung einzelner Deliktsbereiche darstellte, und dem damaligen Präsidenten des LKA, Uwe Kolmey, der Ergebnisse der dritten niedersächsischen Dunkelfeldstudie erläuterte.

Diese zeitgleiche Präsentation und Gegenüberstellung von Hellfeld und Dunkelfeld kann als bundesweites Novum bezeichnet werden – eine Vorreiterrolle Niedersachsens!

Pistorius: „Als Innenminister verlasse ich mich bei der Beurteilung der Kriminalität nicht nur auf die PKS, die die bekannt gewordenen Straftaten abbildet, also das Hellfeld. Als Ergänzung führen wir bereits seit 2013 alle zwei Jahre eine Dunkelfeldstudie durch, bei der rund 40.000 Bürgerinnen und Bürger zu ihren persönlichen Erfahrungen im Kontext von Kriminalität befragt werden. Dadurch gewinnen wir wichtige Erkenntnisse, die uns ansonsten verborgen blieben, insbesondere zum Sicherheitsempfinden. Die Studie trägt maßgeblich dazu bei, die Qualität der polizeilichen Präventionsarbeit und der Konzepte zur Bekämpfung der Kriminalität zu verbessern“.

Kriminalitätsentwicklung positiv. Insgesamt

sind 526.120 Straftaten bekannt geworden, was einem Rückgang von 35.843 Fällen entspricht. Es wurden 214.727 Tatverdächtige registriert, also 7.365 weniger als 2016. Die Anzahl der Opfer lag mit einem Rückgang von 4.500 bei 97.211. Mit 62,3 Prozent erreichte die Aufklärungsquote den zweithöchsten Stand der vergangenen zehn Jahre.

Häufigkeitszahl so gering wie 1981. Die Kriminalitätsbelastung beziehungsweise die Häufigkeitszahl, also die Anzahl der registrierten Straftaten pro 100.000 Einwohner, ist auf 6.621 gesunken und liegt damit auf einem Niveau, das seit 1981 nicht mehr erreicht wurde.

Weniger Kriminalität bei Flüchtlingen. Tatverdächtige Flüchtlinge können in der PKS über das Merkmal „Aufenthaltsanlass“ abgebildet werden. Im Jahr 2017 wurden 22.284 tatverdächtige Flüchtlinge bekannt. Das bedeutet einen Rückgang um 3.756 beziehungsweise 14 Prozent. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 33.753 Straftaten durch Flüchtlinge und damit 13 Prozent weniger als im Vorjahr begangen. Festzustellen ist, dass die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge nach wie vor nicht straffällig wird.

Landesweit deutlich weniger Wohnungseinbruchdiebstähle. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist landesweit von 16.405 Fällen um rund 17 Prozent auf 13.595 Fälle zurückgegangen, wobei regional große Unterschiede zu verzeichnen sind. Pistorius: „Der Wohnungseinbruchdiebstahl bildet weiterhin einen Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Niedersachsen. Wir werden nicht locker lassen. Wir wollen Wohnungseinbruchdiebstähle auch zukünftig konsequent verhindern und bekämpfen“. Vor diesem Hintergrund wird unter anderem auch die länderübergreifende Zusammenarbeit weiter verbessert werden.

Kriminalität Minderjähriger gestiegen. Die Kriminalität von Minderjährigen hat zugenommen. Die Anzahl der aufgeklärten Fälle mit minderjährigen Tatverdächtigen ist von 34.480 auf 35.900 gestiegen. Es wurden 27.977 tatverdächtige Minderjährige registriert.

Pistorius: „Ich sehe Anstiege in diesem Bereich

mit besonderer Besorgnis, schließlich gilt es hier, das Entstehen krimineller Karrieren schon im Ansatz zu verhindern. Wir werden der Kriminalität von Minderjährigen weiterhin effektiv und nachhaltig entgegenwirken. Diese Entwicklung müssen wir genau analysieren, die Ursachen erforschen und natürlich passende Gegenmaßnahmen, auch gemeinsam mit anderen Institutionen, wie insbesondere den Schulen, ergreifen“.

Mehr Gewalt gegen Polizei. Insgesamt wurden 3.179 Fälle von Gewalt gegen die Polizei registriert. Das sind 122 Fälle beziehungsweise fast vier Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahr. Ein Höchststand der letzten Jahre. Bei diesen Taten handelt es sich zu rund 50 Prozent um Widerstandsdelikte und zu rund 40 Prozent um Körperverletzungsdelikte. Zu den 3.179 Fällen wurden 6.409 Opfer registriert, was einen Anstieg von 427 Opfern im Vergleich zu 2016 darstellt. Insgesamt wurden 1287 Polizeibeamtinnen und -beamte verletzt, davon neun schwer (2016: fünf Schwerverletzte).

Pistorius: „Diese Entwicklung ist nicht hinnehmbar! Wer unsere Polizei angreift und daran hindert, ihre Pflicht zu tun, greift gleichzeitig unsere gesamte Gesellschaft und solidarische Gemeinschaft an“.

Dunkelfeldstudie. Mit der Studie, die nach 2013 und 2015 im Jahr 2017 zum dritten Mal durchgeführt wurde, werden insbesondere persönliche Erfahrungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zum Sicherheitsgefühl, zur Viktimisierung, zum Anzeigeverhalten sowie zur subjektiven Wahrnehmung der Polizeiarbeit untersucht.

Kolmey: „Obwohl sich die Kriminalitätsbelastung objektiv deutlich verringert hat, fühlen sich die Menschen in Niedersachsen aktuell etwas unsicherer in Bezug auf ihre nähere Umgebung als noch 2015.“

Es wurde deutlich, dass Hell- und Dunkelfeld zwei Seiten einer Medaille bilden, die nicht zwangsläufig deckungsgleich sind. Wahrnehmung, Bewertung und Sicherheitsgefühl des Einzelnen entsprechen nicht notwendigerweise den gesetzlichen Grenzen, die strafbares Verhalten definieren. Das LKA NI hat auf seiner Homepage (www.lka.polizei-nds.de) umfangreiche Informationen zur PKS und zur sogenannten Dunkelfeldstudie veröffentlicht.

Fazit des Ministers. Abschließend resümierte Pistorius, dass die Entwicklung der Kriminalität in vielen Bereichen positiv sei. Besonders erfreulich sei, dass sich die Zahl der Straftaten signifi-



kant verringert habe und damit auch die Belastung der niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger durch Kriminalität. Gleichzeitig sei jedoch das Sicherheitsgefühl – wenn auch nur geringfügig – gesunken. Dieser Aspekt müsse noch genauer geprüft werden. Gleiches gelte für die Ursachen der gestiegenen Zahlen der Straftaten von minderjährigen Tatverdächtigen.

Sehr positiv hingegen sei der Rückgang bei den Wohnungseinbrüchen, so Pistorius weiter. Diese Entwicklung sei aus seiner Sicht ein deutlicher Indikator für die gute Arbeit der Polizei. Sie Sorge dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen sicher leben könnten. Daher sei es nur folgerichtig, dass die Polizei das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Menschen genieße. „Dafür gebührt ihr meine volle Anerkennung“.

Uwe Kolmey (l.), Axel Brockmann, Boris Pistorius

Text:
Sarah Hillebrenner

Foto: MI

Ein neuer Stern

für die Polizei Niedersachsens – und die norddeutschen Länder

Im heutigen Mediendesign werden für die Logogestaltung zunehmend Vektorgrafiken verwendet, um Datenmengen zu minimieren und Logos ohne Qualitätsverlust skalieren zu können. Die Darstellungsgröße einer Vektorgrafik hat im Gegensatz zur Pixelgrafik, bei der für großformatige Bilder auch proportional mehr Bildpunkte benötigt werden, keinen Einfluss auf den Speicherbedarf. Im Bereich der Onlinemedien wird durch die Verwendung von Vektorgrafiken gewährleistet, dass Logos und Grafiken auf mobilen und stationären Endgeräten verschiedenster Größen und Auflösungen bestmöglich abgebildet werden.

Aus diesem Grunde, aber auch zur Unterstützung eines landeseinheitlichen Auftretens der Polizei Niedersachsens, wurde im Zuge der anstehenden Modernisierung der Internetpräsenz der Polizei Niedersachsen im Jahr 2017 der Entwurf eines modernen Polizeisterns als Vektorgrafik in der Landeswebredaktion diskutiert und für erforderlich erachtet. Die Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen entwickelte in der Folge verschiedene Entwürfe eines Polizeisterns sowie von Wortbildmarken (Polizeistern mit Schriftzug). Im Rahmen der 79. Behördenleitertagung erfolgte schließlich die Festlegung auf die finale Fassung und damit der Startschuss zur Einführung des neuen, zeitgemäßen Polizeisterns. Mit Erlass vom 16. März 2018 wurden Polizeistern und Wortbildmarke offiziell und ver-

bindlich für die Polizei Niedersachsen eingeführt.

Die Sternzacken des neuen Polizeisterns sind nunmehr silberfarbig, um eine Anpassung an die bundesweite Entwicklung, insbesondere innerhalb der norddeutschen Länder, zu erzielen. Moderne Organisationen setzen in der Gestaltung ihrer Logos heutzutage vermehrt auf einfache Designs und wenige Farben anstatt auf visuell überladene

Wortmarken. Der neue Stern entspricht auf diesem Wege den Ansprüchen einer modernen, professionell aufgestellten und landeseinheitlich auftretenden Organisation.

Zunächst wird eine Neugestaltung der Online-Medien sowie der Schriftstücke und Druckerzeugnisse in der Polizei Niedersachsen forciert. In einem weiteren Schritt wird eine Neugestaltung von dienstlichen Gegenständen auf Dienststellen, bei denen das Polizei-Logo Anwendung findet, mittelfristig umgesetzt. Hierzu ist ein Übergangszeitraum bis Ende 2018 vorgesehen.

Perspektivisch soll zudem auch eine Änderung der Dienststellenschilder erfolgen.



Text:
Franziska Santhiralingam

Beteiligung – Veränderungen – Verbesserungen Befragung

Die Periodische MitarbeiterInnenbefragung (PMB) 2018 nimmt weiter an Fahrt auf. In Kürze werden in Zusammenarbeit mit den Behörden die konkreten Fragen erarbeitet werden, welche die relevanten Bereiche Ihrer Arbeitswirklichkeit abbilden. Hier geht es darum geeignete Fragen zu stellen, durch deren Beantwortung reale Veränderungen initiiert werden können. Der konkrete Nutzen für Sie und Ihre Dienststelle steht im Fokus der PMB 2018!

Die Projektgruppe stellt den Nutzen der PMB und den Ihrer Beteiligung an Ihren Behörden und Vertretungsrunden auf Einladung dar.

Auf Einladung präsentiert die Projektgruppe in Ihren Behörden die Erforderlichkeit der PMB und die Ihrerseits notwendige Beteiligung. Das Verstehen der PMB sowie deren Möglichkeiten liegt uns am Herzen. Beteiligung bedeutet positive Veränderung – keine Beteiligung, keine Veränderung!

Von den etwa 80 Fragestellungen (im Gegensatz zu über 200 Fragen in der PMB 2015) werden auch behördenspezifische Fragen gestellt. Auf diese Weise können nicht nur Potentiale der Polizei Niedersachsen in Gänze, sondern auch die Ihres direkten Arbeitsplatzes identifiziert werden.

Nach der Befragung und Auswertung werden Ihre Behörden und Dienststellen weiterhin von der Projektgruppe unterstützt! Für die Interpretation der Daten und für die Suche nach konkreten Verbesserungsmaßnahmen vor Ort, die sich aus identifizierten Handlungsfeldern ableiten, wird die Projektgruppe beratend zur Seite stehen. Die Befragung ist eingebettet in ein langfristiges Konzept und soll einen Mehrwert für SIE schaffen!

Text:
Maike Meisterling, Dr. Martin Mauri



Schutz von Unfallopfern Gaffer

Am 2. März beschloss der Bundesrat auf Initiative Niedersachsens, einen Gesetzesentwurf zur effektiven Bekämpfung von Gaffern sowie zur Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes von Verstorbenen beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Bereits mit dem am 30. Mai 2017 in Kraft getretenen 52. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches ist es in einem ersten Schritt gelungen, Gaffer, die die Hilfeleistung von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften behindern, strafrechtlich zur Verantwortung ziehen zu können.

Leider wurde im Zuge dieser Gesetzesänderung nicht auch der Schutzbereich des § 201 a StGB auf verstorbene Personen erweitert, wie Niedersachsen es gefordert hatte. Damit wurde es versäumt, auch den Gaffern, die bei Unfällen oder Unglücksfällen Bild- oder Videoaufnahmen fertigen und diese häufig auch noch verbreiten, Einhalt zu gebieten und die Opfer umfassend zu schützen. Denn bisher ist der strafrechtliche Schutz des § 201 a StGB auf die Persönlichkeitsrechte von Lebenden beschränkt.

Mit der aktuellen Initiative soll nun auch das Persönlichkeitsrecht Verstorbener gestärkt und Gaffern, die Aufnahmen von hilflosen Unfallopfern machen, das Handwerk gelegt werden. Bereits der Versuch soll unter Strafe stehen. Damit könnten die Handys der Gaffer auch dann schon sichergestellt werden, wenn die Aufnahmen vor Ort noch nicht vollendet sind.

Text:
Katharina Pröve

Foto: Fotolia RioPatuca Images

Social Media Workshop #SoMeWo18 in Lüchow

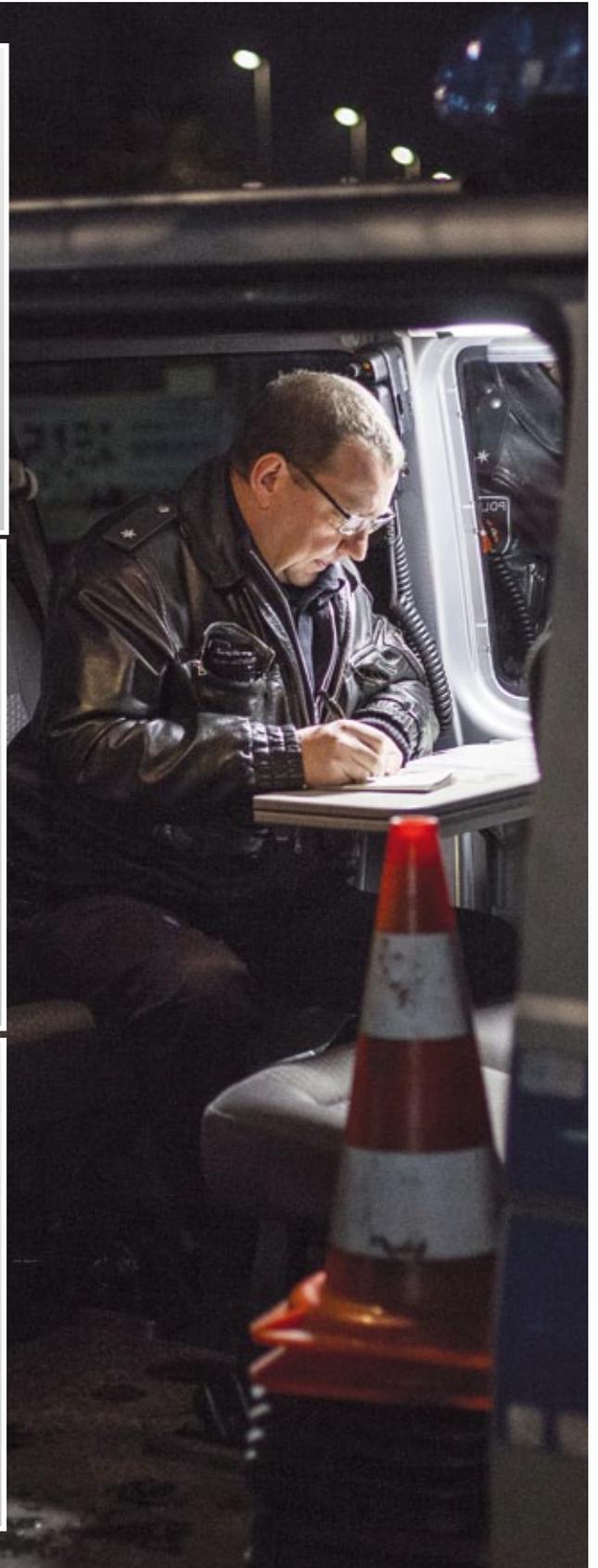
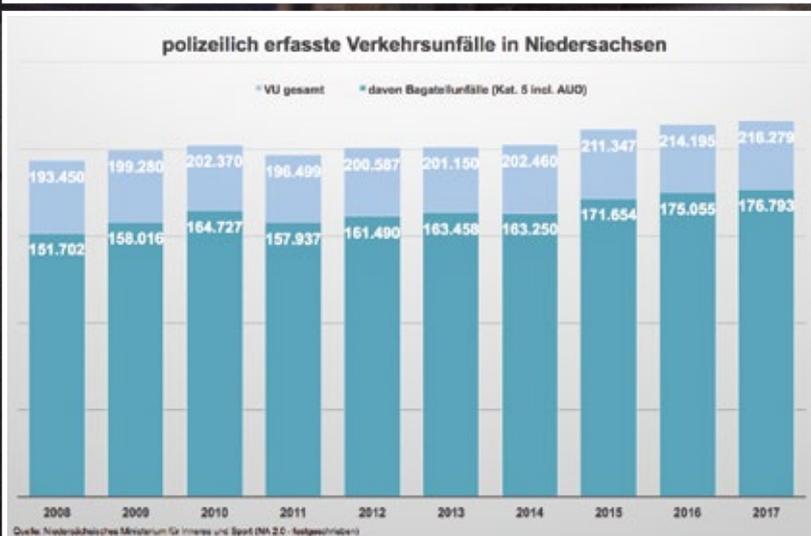
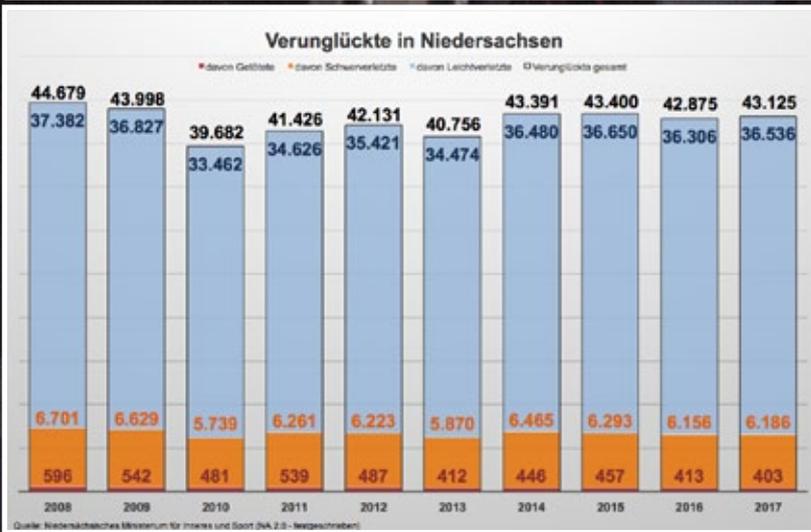
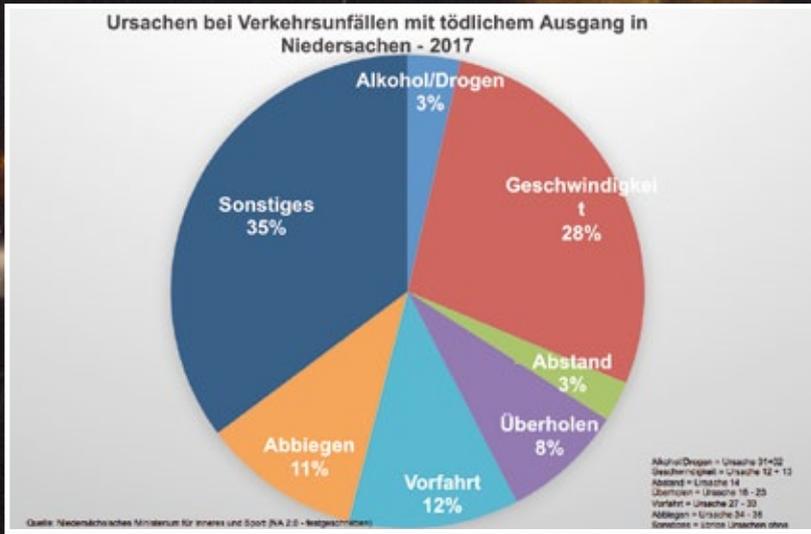
Facebook, Twitter und Co. sind für die Aufgabenbewältigung der Polizei Niedersachsen kaum noch wegzudenken. Mit Einführung der Fachstrategie ‚Soziale Medien‘ gestaltet sich die digitale Polizeipräsenz zunehmend vielfältiger und professioneller. Mit derzeit über 70 Kanälen auf Facebook, Twitter, YouTube und Instagram ist die Polizei Niedersachsen bundesweit führend.

Um den „Social-Media-Expertinnen und -Experten“ des Landes eine Plattform zu bieten, die eigene Arbeit noch gewinnbringender zu gestalten und von den Erfahrungen anderer zu profitieren, veranstaltete das Landespolizeipräsidium auch in diesem Jahr einen zweitägigen Social Media Workshop am 5./6. März mit den niedersächsischen Polizeibehörden und -dienststellen. Hierzu waren ebenfalls Vertreterinnen und Vertreter der Länder des Nordverbundes eingeladen.

Neben den Vorträgen von Thorsten Massinger, Leiter der Koordinierungsstelle Soziale Medien, und André Karsten, „Polizeisprecher Soziale Medien“ der Polizei Frankfurt am Main, beschäftigten sich die rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in kleineren Workshops unter anderem mit den Themen „Community Policing“, „Trolle“, „Facelift Cloud“ und „Landeswebwochen“.

Alle unter dem Hashtag #SoMeWo18 veröffentlichten Beiträge sind in der folgenden Übersicht zusammengefasst:
<https://walls.io/d4re9>

Text:
Annika Ammermann



Verkehrsunfallstatistik

2017 gabe es in Niedersachsen so wenig Verkehrstote wie nie zuvor

Am 14. März stellte der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, die Verkehrsunfallstatistik 2017 vor. Und das mit einer zunächst positiven Nachricht: „Noch nie kamen seit Einführung der Verkehrsunfallstatistik im Jahr 1953 so wenige Menschen auf den Straßen in Niedersachsen ums Leben. Doch leider waren es im Jahr 2017 immer noch 403 Todesopfer im Straßenverkehr, die wir zu beklagen hatten. Und

einem Aufprall an einen Baum. Auch vor diesem Hintergrund wird die Polizei den Schwerpunkt ihrer Verkehrssicherheitsarbeit weiterhin verstärkt auf Landstraßen legen.

Die Autobahnen sind die im Vergleich sichersten Straßen. Auch wenn es 2017 auf den niedersächsischen Abschnitten im Vergleich zum Vorjahr zu einem leichten Anstieg aller polizeilich registrierten Unfälle um 1,6 Prozent kam. Insgesamt ereigneten sich jedoch lediglich sieben Prozent der

Verkehrsunfälle in Niedersachsen auf Autobahnen. Auch im Bereich der tödlichen Verkehrsunfälle auf Autobahnen ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Bei insgesamt 34 Unfällen kamen 38 Personen ums Leben – auch dies ein historischer Tiefstand.

Eine der möglichen Hauptunfallursachen dürfte vermehrt die Ablenkung am Steuer sein. Durch den kurzen Blick aufs Handy, den Griff nach der Zigarette oder das vermeintliche sekunden-schnelle Bedienen des Navis riskieren nicht nur Pkw- wie Lkw-Fahrerinnen und Fahrer einen gefährlichen Blindflug. Ablenkung stellt sich als Problem dar – auch dann, wenn man zu Fuß oder per Rad unterwegs ist.

Innenminister Pistorius dazu: „Ich habe bereits in den vergangenen Jahren immer wieder betont: Unfälle werden von denjenigen verursacht, die hinter dem Steuer oder auf dem Fahrrad sitzen oder die zu Fuß unterwegs sind. Der Verkehr nimmt seit Jahren zu, die Verkehrssituationen werden immer komplexer. So ein vielschichtiges System kann nur funktionieren, wenn die Regeln unbedingt eingehalten werden. Das gilt für jeden von uns. Fuß vom Gas und Augen auf die Straße – darum geht es für alle.“

Vor diesem Hintergrund wird die Polizei Niedersachsen im laufenden Jahr in der Verkehrssicherheitsarbeit das Themenfeld der „Ablenkung im Straßenverkehr“ bei ihren Maßnahmen verstärkt in den Fokus nehmen und als herausgehobenen

PORin Carmen Buse,
Innenminister Boris
Pistorius



darüber hinaus darf nicht übersehen werden: Weiterhin werden täglich durchschnittlich 117 Personen bei Verkehrsunfällen auf Niedersachsens Straßen verletzt.“

Zu den vorgelegten Zahlen führte Minister Pistorius weiter aus: „Es ist zwar erfreulich, dass sich der Trend aus dem Vorjahr fortgesetzt hat und wir weniger Verkehrstote festzustellen haben, klar ist aber auch: Jedes dieser 403 Opfer ist eines zu viel.“

Zwei Drittel dieser Todesopfer starben bei Unfällen auf Landstraßen. In einem Viertel aller Fälle spielte eine zu hohe Geschwindigkeit eine Rolle und genauso häufig verstarb ein Mensch nach

Fotos | Grafiken: Polizei

Schwerpunkt behandeln. Dazu gehört auch die Teilnahme am ersten bundesweiten Aktionstag „sicher. mobil. leben“, der für den 20. September vorgesehen ist.

Um in dem Segment „Ablenkung“ die Grundlagen für die Verkehrssicherheitsarbeit zu verbessern, hat das niedersächsische Innenministerium darüber hinaus im Januar 2018 gemeinsam mit der Technischen Universität Braunschweig und der Verkehrsunfallforschung der Medizinischen Hochschule Hannover in den Bereichen Braunschweig, Hannover und Osnabrück ein Projekt gestartet, um das Dunkelfeld rund um die Unfallursache Ablenkung zu erhellen.

Gesamtunfallzahlen: Die Polizei Niedersachsen verzeichnete im vergangenen Jahr bei der Gesamtzahl der registrierten Verkehrsunfälle einen Anstieg um ein Prozent auf insgesamt 216.279. Dieser leichte Anstieg ist im Wesentlichen auf eine Zunahme der Unfälle mit Sachschäden zurückzuführen.

Im Gegensatz zur Anzahl der Verkehrstoten ist die Zahl der verunglückten Personen insgesamt leicht um 0,6 Prozent angestiegen. Das beruht überwiegend auf einem Anstieg bei den Leichtverletzten um 230 Personen.

Unfallursachen: Zu hohe Geschwindigkeit war auch im vergangenen Jahr der Hauptgrund bei Unfällen mit Todesopfern. Vorfahrtsmissachtung, Fehler beim Überholen und Abbiegen sowie zu geringer Abstand zwischen den Fahrzeugen waren weitere maßgebliche Auslöser. Bezüglich der prozentualen Verteilung der Ursachen ist nahezu keine Veränderung im Vergleich zum Vorjahr festzustellen.

Risikogruppen: Im Jahr 2017 kamen sieben Kinder im Alter zwischen ein und 14 Jahren bei Verkehrsunfällen ums Leben und somit zwei weniger als 2016. Auch bei der Gruppe der jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis einschließlich 24 Jahren setzt sich der rückläufige Trend der vergangenen Jahre fort. Die Anzahl der tödlich Verunglückten sank um 15 Prozent auf 50 Todesopfer. Von den tödlich verunglückten jungen Erwachsenen haben 37 ein Kraftfahrzeug gesteuert, 26 von ihnen einen Pkw und zehn ein motorisiertes Zweirad, einer fuhr einen Lkw bis 3,5 t.

Auch in der Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren (ab 65 Jahren) waren erneut weniger Todesopfer zu beklagen. Hier nahm die Anzahl um 20 Personen auf 127 Todesopfer ab. Damit entspricht der Anteil dieser Personengruppe an den Verkehrstoten rund 31 Prozent in Relation zu

einem Bevölkerungsanteil von etwas mehr als 21 Prozent. Gut 40 Prozent der Todesopfer aus dieser Altersgruppe waren als Fahrerinnen und Fahrer oder Mitfahrerinnen und Mitfahrer mit einem Pkw unterwegs. Mehr als die Hälfte verstarben als sogenannte schwache Verkehrsteilnehmer; sie waren also zu Fuß, mit dem Fahrrad oder Pedelec oder auf einem motorisierten Zweirad unterwegs.

In Niedersachsen sind 2017 mit insgesamt 62 Personen zehn Fußgängerinnen und Fußgänger mehr tödlich verunglückt als im Vorjahr - 31 von ihnen aus der Altersgruppe 65+. Die Anzahl der getöteten Fußgänger im Alter zwischen 25 und 64 Jahren hat sich mit 27 mehr als verdoppelt. Ein möglicher Erklärungsansatz ist das Thema Ablenkung.

Auch die Anzahl der motorisierten Zweiradfahrer, die auf Niedersachsens Straßen verstarben, ist entgegen des allgemeinen Rückgangs von 62 auf 76 angestiegen. Insbesondere in der Klasse der Motorräder mit mehr als 125 ccm sind mit 63 getöteten Personen 16 mehr als 2016 zu verzeichnen.

Dagegen sank die Anzahl der getöteten Radfahrerinnen und Radfahrer von 50 auf 48, 37 von ihnen waren Seniorinnen und Senioren. Zu den getöteten Radfahrerinnen und Radfahrern gehörten auch 13 Pedelec-Fahrerinnen und -fahrer. Diese waren alle über 55 Jahre alt; zehn davon sogar älter als 75 Jahre.

Baumunfälle: Die Anzahl der sogenannten Baumunfälle ist in Niedersachsen im vergangenen Jahr trotz des gestiegenen Gesamtunfallaufkommens erneut leicht gesunken (Rückgang um ein Prozent auf 3.667 Baumunfälle). Auch die Anzahl der Verkehrstoten in diesem Bereich ist um knapp zwölf Prozent auf 103 Personen gesunken. Damit sind jedoch immer noch rund 26 Prozent aller Unfalltoten bei den „Baumunfällen“ ums Leben gekommen. Hierbei handelte es sich im Regelfall um Unfälle auf Landstraßen, bei denen die Fahrerinnen oder der Fahrer aufgrund eines Fahrfehlers, nicht angepasster Geschwindigkeit und aufgrund anderer Ursachen die Kontrolle über ihr Fahrzeug verloren haben, mit diesem ins Schleudern gerieten und anschließend gegen einen Baum an der Fahrbahn prallten.

Abschließend stellte Minister Pistorius erneut heraus: „Die niedersächsische Polizei wird sich auch weiterhin jeden Tag für ein Mehr an Sicherheit auf unseren Straßen einsetzen. Damit wir alle unser Ziel sicher erreichen.“

Text:
Anke Klemens

Polizeimuseum

„Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die niedersächsische Polizei in der Weimarer Republik“

Wenn man einen Gummiknüppel „sprechen lässt“, umschreibt man üblicherweise damit dessen gewalttätigen Einsatz.

Dass das auch anders gemeint sein kann, zeigt das Polizeimuseum in seiner neuen Ausstellung zur Geschichte der niedersächsischen Polizei in der Weimarer Republik. Anlass: Der 100. Jahrestag der Gründung der Republik am 9. November 2018. Die Ausstellung soll im Oktober im Niedersächsischen Landtag eröffnet werden und im kommenden Jahr durch alle Direktionen wandern.

Der Gummiknüppel wird eines von mehreren Zeitzeugnissen sein, die die Geschichte der Polizei in der ersten deutschen Republik (1918-1933) erzählen. In der Weimarer Republik war dieser Knüppel tatsächlich ein Symbol der Demokratie. 1924 wurde er in der preußischen Polizei eingeführt. Er stand für eine Abkehr der Polizei von den militärischen Waffen der Kaiserzeit. Der Gummiknüppel sollte den Säbel des kaiserlichen Schutzmannes ersetzen und die Anwendung von Gewalt und Verletzungen verringern.

Seine Einführung steht im Kontext des neu entwickelten Images der Polizei in der Weimarer Republik. Die Polizei sollte zum „Freund und Helfer“ werden. An dieses Bild einer bürgernahen Polizei knüpft die Polizei Niedersachsen bis heute an.

Trotz aller Reformen und Innovationen scheiterte die Weimarer Republik – nicht einmal 15 Jahre nach ihrer Gründung. Die Ursachen sind vielfältig. Schon 1929 bauten die Nationalsozialisten ihren Einfluss aus. Sie nutzten die wirtschaftliche Krise Ende der Dreißigerjahre und provozierten bürgerkriegsähnliche Kämpfe mit ihren politischen Gegnern. Dazu zählten sie Kommunisten ebenso wie Demokraten. Die Straße wurde zum Kampfplatz. Die Polizei geriet zwischen die Fronten und musste mehr zur Schusswaffe greifen als zum Knüppel.

Nach der Machtübernahme Hitlers und seiner Partei am 30. Januar 1933 wurde die Polizei zum Helfershelfer der Diktatur umgeformt. Der Gummiknüppel – für die Nationalsozialisten ein verhasstes Symbol der Weimarer Demokratie – wurde bereits

1933 verboten und abgeschafft. Der neue Grundsatz lautete: „Nicht Schlagen ist Art des deutschen Mannes, sondern wenn es sein muss, Kämpfen. [...] Wer sich gegen Führer, Volk und Vaterland stellt, den trifft die Waffe, dann aber auch bis zur Vernichtung.“

Dass sich der in der Sammlung des Polizeimuseums befindliche Gummiknüppel (siehe Foto) erhalten hat, ist durchaus etwas Besonderes. Denn die Nationalsozialisten verboten die Knüppel nicht nur. Sie ordneten auch deren Zerstörung an. Museumsleiter Dirk Götting freut sich darauf, im Rahmen der Ausstellung dieses besondere Stück erstmals öffentlich präsentieren zu können – ebenso wie andere spannende Exponate, die bisher im Museumsdepot schlummerten.

Mit Hilfe dieser besonderen Zeitzeugnisse will das Polizeimuseum die zwiespältige Entwicklung der Weimarer Polizei – zwischen Freund und Helfer einerseits, und Straßenkämpfer andererseits – beleuchten. Es geht dem Ausstellungsteam darum, das „Erbe Weimars“ in der heutigen Polizei Niedersachsen bewusster zu machen. Gleichzeitig will die Ausstellung den hohen Stellenwert einer freiheitlichen Demokratie unterstreichen und zur Diskussion anregen über die Herausforderungen und Gefahren, die ihr begegnen können.

Tatkräftige inhaltliche Unterstützung erhält das Polizeimuseum nicht nur durch Polizeistudierende im Rahmen ihrer Bachelorarbeiten, sondern auch von drei Studierenden der Geschichtswissenschaft und vom Institut für Geschichte der Universität Hildesheim. Darüber hinaus wird das Projekt ideell und finanziell unterstützt vom Förderkreis für Polizeigeschichte Niedersachsen, vom Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und von der Gewerkschaft der Polizei.

Die Forschungsstelle für Polizeigeschichte der DHPol unterstützt ebenfalls und lädt vom 5. bis 7. Juli zum 28. Kolloquium für Polizeigeschichte ein. Das Kolloquium befasst sich unter anderem mit der Weimarer Republik. Informationen hierzu und das CfP sind unter <https://www.pa.polizei-nds.de/polizeigeschichte/> unter Veranstaltungen abrufbar.



Text:
Barbara Rieger

Foto: Polizeimuseum

Gestern – Heute – Morgen

Status quo der Strategie 2020

Das Jahr 2020 wird am Horizont zunehmend erkennbarer und damit auch das Erreichen des Zieljahres im polizeilichen Strategieprozess. Für die Strategiepatinnen und -paten im Landespolizeipräsidium (LPP) war das der Anlass, sich beim diesjährigen Strategie-Workshop am 15. und 16. Februar mit der zukünftigen strategischen Ausrichtung der Polizei Niedersachsen zu befassen.

Von daher begann der Strategie-Workshop 2018 zunächst mit einer Reflexion des bisherigen Strategieprozesses. Es galt, sich nochmal die Schritte zu vergegenwärtigen, die den zurückliegenden Strategieprozess ausgemacht haben. Diese Rückbetrachtung sollte eine valide Entscheidungsgrundlage schaffen, inwieweit die Schritte von damals noch deren Tragfähigkeit für die Fortschreibung der Strategie 2020 entwickeln können.

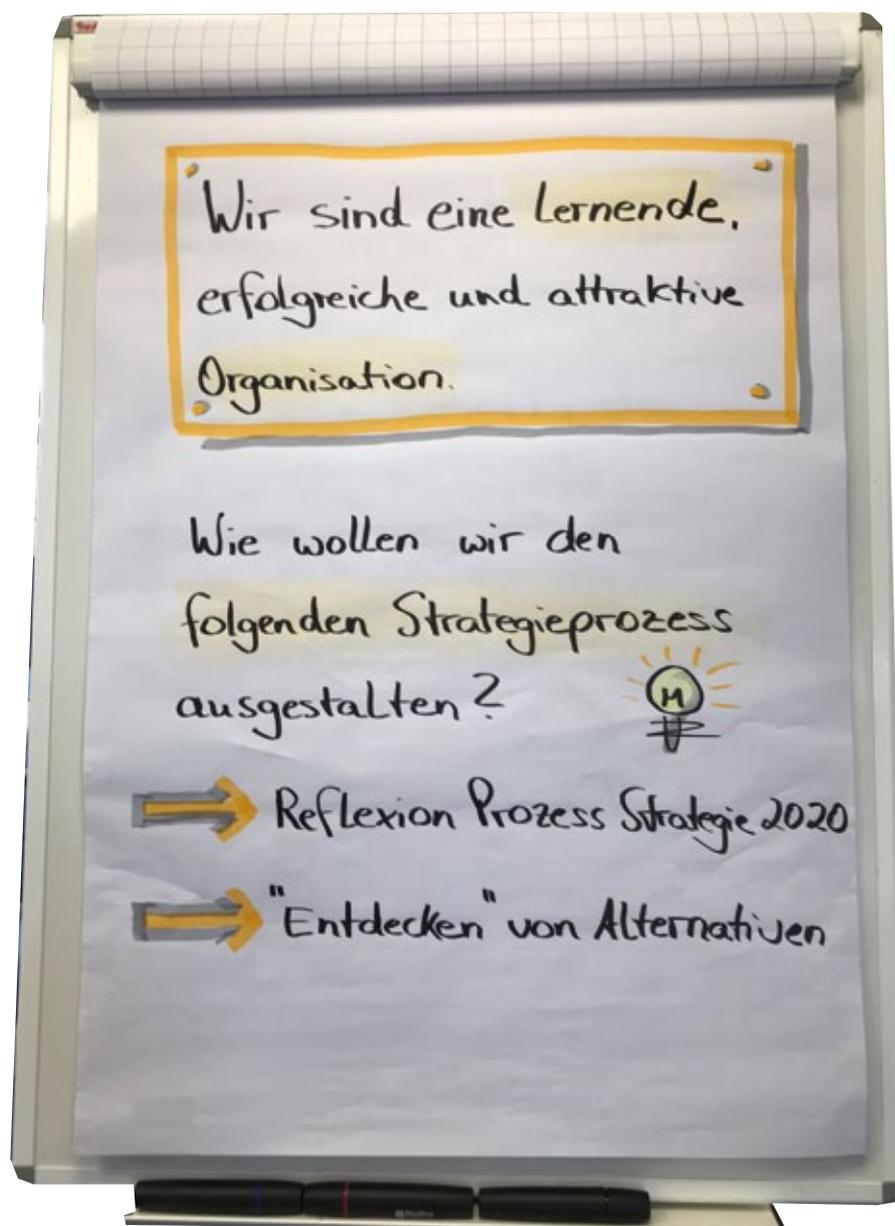
Die Strategie 2020 auf Landesebene ist als polizeiliche Fachstrategie in den Jahren 2012/2013 in einem herausfordernden Prozess entwickelt und umgesetzt worden. Nach der Vorstellung der Landesstrategie beim Strategieforum 2013 erarbeiteten die Behörden und die Polizeiakademie Niedersachsen in der Folge ihre eigenen Strategien. Diese Vorgehensweise ermöglichte es, die strukturellen, örtlichen und fachlichen Besonderheiten dieser sehr unterschiedlichen Behörden zu berücksichtigen.

Im Laufe der Jahre wurden die strategischen Ziele und Maßnahmen vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen, wie beispielsweise der Zuwanderung oder der Lageentwicklungen im Bereich Terrorismus/Extremismus, stetig weiterentwickelt. Hieraus sind neben neuen strategischen Zielen auch veränderte Zielformulierungen hervorgegangen.

Quo vadis, Strategie 2020? Doch wo

geht die Reise hin – was passiert „morgen“ mit der Strategie 2020? Mit dieser Frage befasste sich der Kreis der Teilnehmenden, bestehend aus dem damaligen Landespolizeipräsidenten Uwe Binias sowie dem heutigen Landespolizeipräsidenten Axel Brockmann, dem Landespolizeidirektor Knut Lindenau, den Referatsleiterinnen und Re-

Flipchart aus dem Workshop



feratsleitern des Landespolizeipräsidiums sowie der Gleichstellungsbeauftragten und dem Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrates, dann im zweiten Teil des Strategie-Workshops.

Fest steht, dass einige der strategischen Ziele auch über das Jahr 2020 hinaus ihre Wirkung entfalten werden. Wie genau die an 2020 anschließenden strategischen Ziele aussehen werden, wird sich aber erst aus einer fundierten strategischen Analyse (Umwelttrendanalyse, Organisationsanalyse) ergeben.

Umwelttrendanalyse noch in 2018. Für diese strategische Analyse wird der Startschuss beim Strategieforum am 7./8. September gegeben. Mit der Umwelttrendanalyse wird dann noch in diesem Jahr begonnen – und die sich daran anschließende Organisationsanalyse findet im ersten Quartal 2019 statt.

Zur Vorbereitung dieser Umwelttrendanalyse soll es beim Strategieforum einen Fachvortrag aus dem wissenschaftlichen Feld der Trendforschung geben. Der Zukunftstrend der Digitalisierung ist bereits heute ausgemacht und findet sich auch in der bestehenden Strategie wieder. Die Weiterentwicklung zur digitalen Transformation wird aber nicht bloß beim Strategieforum 2018, sondern auch in der Folgestrategie einen ganz wesentlichen Schwerpunkt ausmachen.

Transparenz und Beteiligung sind Wesensmerkmale der Strategie 2020. Vor diesem Hintergrund erhalten Sie über die Periodische Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung (PMB) 2018 die Möglichkeit, über ausgewählte Fragen wichtige Rückmeldungen zu Stärken und Schwächen unserer Organisation zu geben, die anschließend direkt in die Organisationsanalyse einfließen sollen. Der Entwurf der „neuen“ Landesstrategie soll dann als Ergebnis aus den strategischen Analysen beim Strategieforum 2019 vorgestellt werden. Daran anschließend werden Ihre Behörden ebenfalls in



Nahmen am Strategie-Workshop 2018 teil

die strategischen Analysen für deren Folgestrategien einsteigen. So wird die Polizei Niedersachsen auch über 2020 hinaus zukunftsfähig aufgestellt sein.

Wir freuen uns auf einen spannenden Entwicklungsprozess der Folgestrategie.

◀ Fotos: Polizei ▶

Text:
Strategieteam im LPP

Osnabrücker Fachtagung

Bekämpfung von Extremismus kann nur Hand in Hand gelingen

Extremistische Entwicklungen in der Gesellschaft wie Radikalisierung, Islam- oder Demokratiefeindlichkeit, stellen kein in sich isoliertes Phänomen dar. Sie können nur durch die Etablierung von regionalen Partnerschaften, beispielsweise Präventionsnetzwerken, frühzeitig erkannt und bekämpft werden. Das ist das Resümee des 5. Symposiums der Polizeidirektion Osnabrück und des Instituts für Islamische Theologie (IIT) der Universität Osnabrück, das am 22. Februar 2018 mit 270 Expertinnen und Experten im Osnabrücker Schloss stattfand.

Die Veranstaltung, an der Vertreter aus Politik, Polizei, Justiz, Kommunen, Wissenschaft sowie Organisationen, Vereinen und Verbänden aus ganz Deutschland teilnahmen, stand unter dem Titel: „Polizei und Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft – Neue Herausforderungen für Zivilgesellschaft, Kommunen und Sicherheitsbehörden“.

Deutlich wurde, dass die Lösung gesellschafts- und polizei-relevanter Problemfelder nur Hand in Hand gelingen kann. Gut ausgebildete Fachkräfte für soziale Arbeit müssen eng mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten.

Polizeipräsident Bernhard Witthaut, als Verantwortlicher für die mitausrichtende Polizeidirektion Osnabrück, machte in seiner Begrüßungsrede die Aufgabe der Polizei in diesem Kontext deutlich: „Ich bin davon überzeugt, dass wir als Polizei durch unsere tägliche Arbeit mit den jungen Menschen, mit der Begleitung und mit der Beratung in grenzwertigen Situationen, anderen Institutionen helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Wir initiieren, helfen wo wir können und sind aktiv.“

Die Polizeidirektion stellte dem Publikum zwei eigene (lokale) Initiativen vor. Sie zeigen, welche Rolle die Polizei bei der Vorbeugung von religiös motiviertem

Extremismus spielen kann: Polizeioberkommissar Sebastian Häfker führt seit Herbst 2015 mit seinem Sportprojekt „Faires Kämpfen“ über hundert Deutsche und Menschen mit Migrationshintergrund zusammen. Als selbst erfolgreicher Judoka trainiert er in seiner Freizeit junge Deutsche und Flüchtlinge. Ziel des Projektes ist es, durch das gemeinsame Training Berührungängste abzubauen und spielerisch Werte wie gegenseitigen Respekt, Anerkennung und interkulturellen Teamgeist zu vermitteln. Einem Flüchtling vermittelte er einen Praktikumsplatz, der nun die Chance auf einen Ausbildungsplatz hat. Auch mit den „Polizei-Scouts“ der Polizeidirektion wurde bereits gemeinsam trainiert.

Das Projekt der Direktion in Osnabrück startete 2014 unter Federführung von Sabina Ide und PK Sascha Becker mit dem Ziel, Jugendliche in ihrem persönlichen Umfeld (Schule, Verein) sowie deren Eltern über den Polizeiberuf zu informieren. Die „Polizei-Scouts“ nehmen an öffentlichen Veranstaltungen wie Kultur-, Sommer- und Gemeindefesten teil. Das Projekt geht in diesem Jahr mit neuen Scouts bereits zum dritten Mal an den Start.

Dass die Zusammenarbeit zwischen Polizei und sozialer Arbeit in der Vergangenheit durchaus auch von Konflikten gekennzeichnet war, stellte Dr. Michael Kiefer vom Institut für Islamische Theologie in seinem Vortrag dar. „Im Zentrum der Auseinandersetzung standen in den 70er und 80er Jahren die Gegensatzpaare polizeiliche Kontrolle versus sozialarbeiterische Hilfe oder Legalitätsprinzip versus Vertrauensprinzip. Erst ab den 90er Jahren entwickelten sich sukzessive Schnittstellen (zum Beispiel Sucht, Opferhilfe, soziale Brennpunkte, Prävention) in denen erfolgreiche Kooperationsmodelle implementiert werden konnten.“ Heute sei eine Kooperation in der Radikalisierungsprävention in manchen Bereichen unausweichlich.



Foto: Polizei



In den Bereichen, in denen die Polizei potenzielle oder reale Straftäter nur bedingt erreicht, können Fachkräfte für soziale Arbeit vor Ort – und zwar in Schulen, Jugendzentren, Moscheen, Justizvollzugsanstalten oder aber durch direkten Kontakt in informellen Kontexten – betroffene Menschen im Sinne einer Rückführung in die Gesellschaft begleiten.

Und bei der Ausbildung von Fachkräften für soziale Arbeit gibt es weitere Berührungspunkte zwischen Polizei und der Universität Osnabrück: Am Institut für Islamische Theologie wird ab Wintersemester 2019 der Studiengang Soziale Arbeit angeboten. Seit 2017 hat die Universität Osnabrück darüber hinaus den Auftrag – gefördert durch das Bundesforschungsministerium – einen Bachelor- und Masterstudiengang „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ aufzubauen. Ziel sind wissenschaftlich qualifizierte Theologinnen und Theologen mit Kompetenzen in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen mit theologischer Kompetenz.

Bei der Podiumsdiskussion mit regionalen Akteuren aus Polizei, Universität, Diakoniewerk und Kommune, wurde unter anderem das Thema aus der Perspektive der praktisch Handelnden beleuchtet. Hervorzuheben ist hier das Ende letzten Jahres entstandene Präventionsnetzwerk „PRÄSENZ“ gegen Radikalisierung und Islam- und Demokratiefeindlichkeit im Bereich der Stadt und des Landkreises Osnabrück.

In diesem regionalen Netzwerk, mit einer Koordinierungsstelle bei der Diakonie Osnabrück, arbeiten Vertreter der Polizeiinspektion Osnabrück,



Fotos: Polizei

brück, der Stadt und des Landkreises Osnabrück, des Landeskriminalamtes Niedersachsen und der Landesschulbehörde sowie weitere Netzwerkpartner eng zusammen. Ziel ist die Aufklärung über die Phänomene Islamismus und Salafismus.

An den Schulungen nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus unterschiedlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten, offene Jugendarbeit, muslimische Verbände, aber auch Vertreterinnen und Vertreter aus Behörden und Ämtern teil. Die Teilnehmer sollen sensibilisiert und in ihrer Handlungsfähigkeit

im Umgang mit radikalen islamistischen Tendenzen gestärkt werden. Dabei geht es auch um die Kommunikation und Konfliktbewältigung im interkulturellen und im interreligiösen Dialog. In den Panels wurden im Anschluss die fünf Themenbausteine zur Veranstaltung unter Beteiligung der Gäste diskutiert.



Text:
Marco Ellermann

Forschungsprojekt „SENTINEL“

Digitale Einsatzunterstützung in Einsatzleitstellen



Die Nutzung digitaler Medien zur Kommunikation und Information ist für einen Großteil der Bevölkerung selbstverständlich – das Internet spielt hierbei eine zentrale Rolle. Auch für die Polizei gewinnt die gezielte Informationsgewinnung zur professionellen Einsatzbewältigung, beispielsweise über Soziale Medien, zunehmend an Bedeutung. Hier setzt das neue bundesweite Forschungsprojekt der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) „Sicherheit im Einsatz durch Open-Source-Intelligence (OSINT) in Einsatzleitstellen (SENTINEL) an.

Ziel des Projektes: Durch die Nutzung von OSINT im täglichen Einsatzgeschehen, sollen einsatzrelevante Informationen erlangt werden, die zu einem besseren Schutz der Einsatzkräfte und der Bevölkerung sowie zu einer professionelleren Aufgabenbewältigung beitragen.

In Zusammenarbeit mit den drei Projektpartnern PD Osnabrück, PP Dortmund, PP München und weiteren assoziierten Partnern (LKA NRW, PP Duisburg), werden ab dem 1. Juli 2018 Recherchen über frei verfügbare Quellen im Internet, sogenannte OSINT-Recherchen, in die tägliche Arbeit (AAO) in den beteiligten Einsatzleitstellen integriert und deren Auswirkungen für die Einsatzbewältigung wissenschaftlich untersucht.

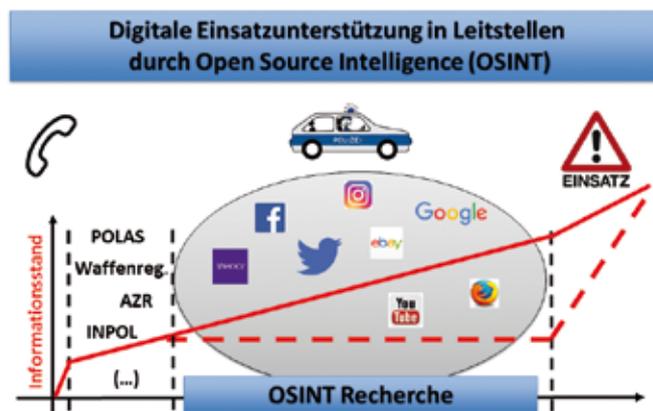
Die PD Osnabrück beteiligt sich mit der kooperativen Regionalleitstelle Osnabrück (KRLÖS)

an dem Projekt. Zu diesem Zweck werden dort zwei sogenannte „Intel Officer“ für die Dauer des Projektes von sechs Monaten implementiert, die einsatzbegleitend entsprechende Recherchen – ab Eingang des Notrufes – parallel durchführen. Die gewonnenen Informationen werden den Kolleginnen und Kollegen im Einsatz- und Streifendienst zur Bewältigung der Einsätze über die Disponenten mitgeteilt.

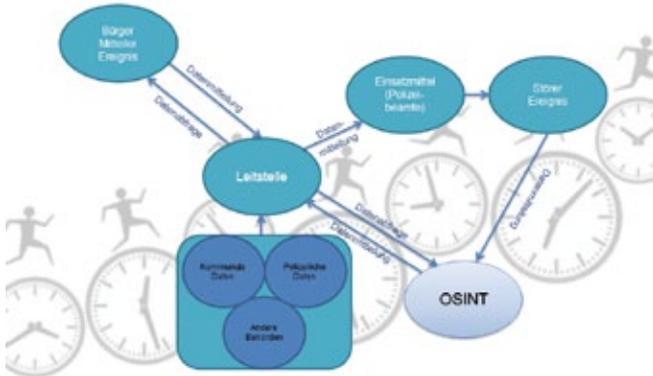
Durch die gezielten Recherchen können sich beispielsweise Erkenntnisse zu Personen, wie aktuelle Lichtbilder, Hinweise zum Aufenthaltsort, Hinweise zu bestimmten Milieus (Rocker, etc.), Informationen zu Hobbies (Sportschütze, Boxer) oder Besonderheiten wie „Kampfhundhalter“, ergeben. Auch spezielle Informationen zu Örtlichkeiten, wie Zugangssituationen, Hinterausgänge, Fluchtwege oder Baumaßnahmen, können Ergebnisse der Informationsgewinnung der Intel Officer sein.

Das auf eineinhalb Jahre angelegte Projekt gliedert sich in drei Phasen. Die erste Projektphase dient der Vorbereitung der Implementierung. Neben der Literaturrecherche ist besonders die intensive Auswertung bereits vorhandener Systeme geplant, die der strategisch orientierten

Konzeption der Durchführung dient. Die Grundlagen der Analysetechniken, Datenerfassung, Datenevaluation und -übermittlung sind daraus zu erarbeiten und mittels Schulungen an die „Intel Officer“, das Leitstellenpersonal und die Kräfte des Streifendienstes zu vermitteln. Trotz der ausschließlichen Verwendung offen zugänglicher



Text:
Marco Ellermann,
Phil Havermann



Daten sind besonders auch polizei- und datenschutzrechtliche Fragen zu klären.

In der zweiten Projektphase wird die Implementierung von „Intel Officern“ in den teilnehmenden Leitstellen vorgenommen. Begleitet wird dieser Prozess von einem wechselseitigen Austausch zwischen den beteiligten Akteuren.

Nach Beendigung der sechsmonatigen Implementierungsphase erfolgt in der dritten Projektphase eine wissenschaftlich gestützte Analyse der dokumentierten Ergebnisse. Die Implementierung und Evaluation von OSINT in die tägliche Einsatzunterstützung ist dabei aus wissenschaftlicher Sicht Kernstück des Forschungsprojektes. Von besonderer Bedeutung ist, dass Strukturen und Vorgaben vorhanden sind oder geschaffen werden, die die Implementierung durchsetzbar und vergleichbar machen.

Der systematische und evaluierte Einsatz von OSINT-Recherchen zur täglichen Einsatzunterstützung im Untersuchungszeitraum kann als Ausgangspunkt für die strategische Entscheidung einer zukünftigen Implementierung einer dauerhaften digitalen Einsatzunterstützung in Einsatzleitstellen genommen werden.

Waffengesetz

Umfangreiche Novelle in Kraft

Im Juli 2017 ist eine umfangreiche Novelle des Waffengesetzes in Kraft getreten. Unter anderem sind die gesetzlichen Vorgaben zur Aufbewahrung von Waffen verschärft worden.

Außerdem besteht im Rahmen der ebenfalls im neuen Waffengesetz verankerten Amnestieregelung noch bis Juli 2018 die Möglichkeit, illegale Waffen straffrei bei den zuständigen Behörden und Polizeidienststellen abzugeben. Die Intention hierbei ist, die Zahl der im Umlauf befindlichen Waffen und Munition zu reduzieren. Von dieser Amnestieregelung wurde bereits reger Gebrauch gemacht. So wurden bis zum Stichtag 31. Dezember 2017 in Niedersachsen 4.343 Schusswaffen abgegeben, wovon sich 598 in illegalem Besitz befanden.

Darüber hinaus wurde aufgrund einer Initiative Niedersachsens aktuell durch den Bundesrat ein Gesetzesantrag zur Einführung der Regelabfrage des Verfassungsschutzes im Rahmen der waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsprüfung in den Bundestag eingebracht. Neben einer Auskunft aus dem Bundeszentralregister, aus dem zentralen staatsanwaltlichen Verfahrensregister und einer Stellungnahme der örtlichen Polizeidienststelle müsste die Waffenbehörde dann auch Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden einholen. Denn nur wenn den Waffenbehörden auch diese Informationen vorliegen, kann der Waffenbesitz von Personen aus dem extremistischen Spektrum erfolgreich eingedämmt werden.

Text:
Katharina Prüve



Von der PA in die Leitstelle

Maïke Drescher im Gespräch:

„Die Arbeit ist anspruchsvoll und spannend zugleich“

Polizeikommissarin Maïke Drescher arbeitet seit mehreren Monaten in der Kooperativen Regionalleitstelle Osnabrück (KRLOS). Als die 22-Jährige direkt nach ihrem Studium an der Polizeiakademie im Oktober 2017 in die Leitstelle nach Osnabrück versetzt wurde, hatte sie anfangs große Bedenken. Wie sich ihr Blick auf ihre Tätigkeit verändert hat, erklärt sie in unserem Interview.

? *Wie verlief der Start in der KRLOS, wie wurden Sie auf die Arbeit vorbereitet?*

Drescher: Nachdem ich nach Osnabrück gezogen bin, habe ich mich bereits im Vorfeld in der KRLOS vorgestellt und meinen Anleiter, Andreas Tepe, kennengelernt. Zunächst gab es für alle Neuzugänge eine Begrüßungsveranstaltung mit der Behördenleitung und innerhalb unseres Dezernates 12. Es schloss sich eine zehntägige Einführungsphase in der Notleitstelle an, wo wir in zwei Gruppen eingeteilt wurden. Gefühlt also von der Schulbank an der PA wieder auf die Schulbank. Währenddessen war die andere Hälfte für zwei Wochen im ESD eingesetzt, was natürlich eine schöne Gelegenheit war, den einen oder anderen Kollegen persönlich kennenzulernen, mit denen man später am Funk Kontakt hat. In der Einführungsphase in der Leitstelle wurden wir in das Einsatzleitersystem eingeführt und wir haben gelernt, wie man Einsätze anlegt und disponiert. Bei einer dreitägigen Notrufschulung bekamen wir die Abläufe und Standards des Notrufmanagements erklärt.

Daneben wurde uns die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und dem Rettungsdienst – den Kooperationspartner innerhalb der KRLOS – und den Polizeiinspektionen Osnabrück und Emsland/Grafschaft Bentheim erläutert. Ebenso war auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Thema der Einführungsphase. Am Ende der theoretischen Einweisung wurden uns im Rahmen der Erstsprecherfortbildung mit der Verhandlungsgruppe noch nützliche Hinweise und Hilfestellungen für die Notrufbearbeitung aufgezeigt. Die ausführliche Einführungsphase war anspruchsvoll und meiner Meinung nach eine gute und wichtige Vorbereitung auf die Arbeit hier in der Leitstelle.

Zurück in der KRLOS folgte dann die praktische Anleitungsphase. Mit meinem Anleiter, Andreas Tepe, arbeitete ich vier Wochen gemeinsam in den Schichten. Zunächst folgte ich seiner Gesprächsführung bei den Notrufen und später wechselten wir. Dann hörte er bei mir mit und gab mir immer wieder Feedback. Auch beim Disponieren arbeiteten wir in dieser Phase gemeinsam als Team. Die Dauer der Anleitungsphase wird individuell und an den Bedürfnissen des Neuzugangs angepasst. Danach beginnt das „selbstständige Arbeiten“.

? *Was war schwieriger: Den Umgang mit der Technik zu erlernen oder den Umgang mit dem Bürger oder der Bürgerin am anderen der Telefonleitung?*

Drescher: Das technische Knowhow und den

Interview:
Nadine Kluge-Gornig

Foto: Polizei

Umgang mit dem Einsatzleitrechner hat jeder von uns Neuzugängen schnell erlernt. Meine Aufregung vor den ersten Notrufen war aber wirklich groß. Man weiß nicht, was auf einen zu kommt, jeder Anruf ist anders und man muss dennoch zügig Entscheidungen treffen. Das war anfangs beängstigend aber mittlerweile überwiegt die Spannung. Es war von Anfang an sehr hilfreich, dass wir offen und herzlich empfangen worden sind. Die Kolleginnen und Kollegen in der KRLOS haben uns toll aufgenommen und sind sehr hilfsbereit bei allen Fragen oder Unklarheiten. Das hat den Start sehr erleichtert und hat dazu beigetragen, dass man sich schnell wohl fühlt. Insbesondere, wenn man mit Bedenken und Unsicherheiten hier ankommt, ist das eine große Unterstützung.

? Welche Entwicklungsmöglichkeiten werden dort geboten?

Drescher: Die Standzeit beträgt aktuell noch zwei Jahre, wobei es mit Blick auf die intensive Anleitungphase Überlegungen gibt den Zeitraum auf drei Jahre zu erweitern. Innerhalb dieser Zeit bekommen wir die Möglichkeit eine sechsmonatige PE-Maßnahme im ESD zu absolvieren. Einige von uns starten jetzt zum 1. April. Einerseits bietet es die Gelegenheit, den Kolleginnen und Kollegen im ESD die Abläufe in der KRLOS näher zu bringen. Nach wie vor besteht bei manchen noch eine Unwissenheit über die Arbeit bei TEUTO oder Unklarheit darüber, was wir an Informationen brauchen oder warum wiederum sachverhaltsabhängig nicht sofort alle Informationen an den ESD gehen.

Auf der anderen Seite gibt es uns natürlich die Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und das Einsatzgeschehen zu erleben. Wenn man über Funk das Martinshorn hört, wäre man am liebsten auch draußen dabei – daher ist gerade bei uns jungen Kollegen die Freude über diese Möglichkeit groß. Durch die Nähe zu den Niederlanden besteht weiterhin die Option, sich auf den Sonderposten „Europakompetenz“ zu bewerben oder Sprachkurse zu belegen und sich dahingehend weiterzuentwickeln. Daneben haben erfahrene Kolleginnen und Kollegen von uns die Möglichkeit, als Einsatzleitbeamte mit Zusatzaufgaben eingesetzt zu werden und beispielsweise so mehr Verantwortung zu übernehmen.

? Nun sind einige Monate vergangen seit Ihrem Start in der KRLOS. Rückblickend, haben Sie sich die Arbeit hier so vorgestellt?

Drescher: Eine genaue Vorstellung hatte ich

zuvor, ehrlich gesagt nicht. Ich hätte mir gewünscht, schon im Studium etwas über die Arbeit in den Leitstellen zu erfahren oder im Rahmen der Praktika einen Tag dort zu verbringen. Das hätte mir den Einstieg erleichtert und anfängliche Berührungsängste oder falsche Vorstellungen abgebaut. Für die nachfolgenden Absolventen an der PA wird sich das zukünftig ändern. Sie besuchen dann im Rahmen des Einsatzpraktikums die Leitstelle und werden auch in der PA über die Leitstelle informiert.

Anfangs erschienen mir zwei Jahre in der Leitstelle ziemlich lang. Aber mittlerweile ist schon ein halbes Jahr so schnell vergangen, dass ich noch gar nicht weiß, ob ich überhaupt nach zwei Jahren wieder gehen möchte. Ich war positiv überrascht, wie die Arbeit hier tatsächlich abläuft. Jeder Dienst ist anders und prägt mich im Umgang mit anderen Menschen. Man lernt Sachverhalte einzuschätzen. Besonders sind hier Kommunikationsfähigkeit und Empathie gefragt und zwar auf eine andere Art und Weise als im ESD. Dort stehst du den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber und beeinflusst durch Mimik und Gestik das Gesamtgeschehen. In der Leitstelle kann man nur durch die Stimme einwirken. Man muss versuchen, zügig die notwendigen Antworten zu erhalten, um Entscheidungen zu treffen, zeitgleich aber auch den Anrufer beruhigen und ihm gegebenenfalls Handlungsanweisungen geben.

Sowohl beim Disponieren als auch bei der Notrufannahme versuche ich meinem eigenen Anspruch gerecht zu werden, aber auch dem der Kolleginnen und Kollegen im ESD, die dann die weitere Arbeit erledigen. Das macht den Dienst in einer Leitstelle anspruchsvoll und spannend zugleich – jeden Tag aufs Neue.



Polizeikommissarin
Maïke Drescher

Lesen Sie hierzu auch unseren Beitrag auf Seite 28 dieser Ausgabe von „proPOLIZEI“

Foto: Polizei

Funktionsweste

mit ballistischem Schutz

Das vorerst letzte Ziel der langen Reise ist zum Greifen nahe: Anfang des Jahres 2018 wurde an das Referat 26 der neu gestaltete Prototyp der Funktionsweste ausgeliefert.

Das neue Muster der Weste hat als Basis ein schlichtes, aber hochwertiges Corduramaterial in der Farbe „Parisblue“, passend zur Alltagsuniform. Der obere Teil der Weste wurde in der Farbe Signal-gelb abgesetzt, um einerseits die Erkennbarkeit - und damit die Eigensicherung - zu erhöhen und andererseits sich dem bundesweit in die Richtung blau/gelb entwickelnde Corporate Design der Polizeien anzuschließen. Der Gelbanteil wird in der Endversion der Weste noch etwas

erhöht werden. Darüber hinaus bietet dieses Muster der Trägerin wie dem Träger eine hohe Atmungsaktivität mit Luftzirkulationszonen und einen verbesserten Komfort, zum Beispiel durch den aufgepolsterten Schulterbereich und die sehr individuelle Passformgestaltung.

Ein Höchstmaß an persönlicher Gestaltungsfreiheit bringt die Möglichkeit der modularen Taschenanordnung mit sich. Das verwebte und damit schlicht wirkende Molleschlaufensystem erlaubt Nutzern, zahlreiche Taschen unterschiedlichster Größe und Funktionalität einzubinden. Im Gegensatz zum herkömmlichen Molleschlaufensystem hat dieses verwebte Band eine Zugkraft von rund 300 anstatt rund 70 Kilo. Damit wird die

Wahrscheinlichkeit des Abreißens von Taschen beziehungsweise Ausrüstungsgegenständen deutlich verringert.

Ob Rechts- oder Linkshänder: jeder kann Teile der täglichen FEM-Ausstattung wie Funkgerät, Smartphone, Handschellen, Handschuhe, Taschenlampe, et cetera bedarfsgerecht an individueller Position mitführen. Für die Cliplampe und die Bodycam gibt es im Schulterbereich der Weste beidseitig Schlaufen. Beim Prototyp sind die Molleschlaufen noch in der Farbe schwarz gestaltet. Innerhalb der Umsetzung wird sich dieses Band ebenfalls in der Farbe „Parisblue“ in das Westen- beziehungsweise allgemeine Uniformbild einfügen.

Die sogenannten Napoleontaschen links und rechts bieten genug Platz für das Merkbuch und werden jeweils mit einem Reißverschluss geöffnet oder verschlossen.

Mit Blick auf die sitzenden Tätigkeiten, wie zum Beispiel im Funkstreifenwagen oder auf der Wache, wurde im Rückenbereich der Weste auf störende funktionale Elemente verzichtet.

Foto: Polizei





In der Endversion der Funktionsweste wird unter dem retroreflektierenden Schriftzug „POLIZEI“ im Rückenbereich noch ein Klettflausch angebracht. Vorn können Namensschild und der kleine Polizeischriftzug ebenfalls mit Klettflausch befestigt werden.

Der Hauptwunsch der Kolleginnen und Kollegen wurde im neuen Prototyp umgesetzt: eine Aufnahme der ballistischen Schutzpakete der Unterziehschutzweste wurde in die Funktionsweste eingearbeitet, sodass je nach Witterung und Lage die ballistischen Schutzpakete in der Unterziehhülle oder der Funktionsweste über der Uniform getragen werden können.

Gürtel und Schutzweste sollten mit diesem neuen Konzept vor allem in „Ruhephasen“ im Sommer, beispielsweise beim Schreiben von Anzeigen und Berichten, keine unnötige Last mehr darstellen, können abgelegt werden und bringen einen deutlichen Anstieg an Arbeitsqualität und Komfort mit sich.

Innerhalb der anstehenden Erprobung sollen nicht nur die funktionalen Eigenschaften der Weste bewertet werden, sondern auch die Frage, für welche FEM Taschen beziehungsweise Holster mit der Funktionsweste ausgeliefert werden. Eines steht allerdings bereits jetzt fest: die Zwangsmittel (wie Dienstpistole, Reizstoffsprühgerät und TES) verbleiben am Koppel und werden in der Trageweise nicht verändert.

Damit dieses Konzept zur abgewandelten Trage-

weise des ballistischen Schutzes über der Uniform umgesetzt werden kann, muss folgerichtig die Alltagsuniform angepasst werden. Die bisherigen Uniformteile der Oberbekleidung bergen die immense Gefahr von sogenannten Sekundärgeschossen. Daher wurde neben der Funktionsweste auch ein dienstliches Poloshirt (mit kurzen und langen Ärmeln) entwickelt. Es wurde auf klassische Details, wie Knopfleiste und Brusttasche verzichtet. Die Stifttasche wurde in den Bereich des Ärmels verlegt. Auf dem Rücken ist der retroreflektierende Schriftzug „POLIZEI“ aufgedruckt. Dieses Poloshirt schließt somit aus, dass Teile der unter der Schutzweste getragenen Uniform zu Sekundärgeschossen werden und eine Gefährdung der Kolleginnen und Kollegen mit sich bringen können. Bei der Auswahl des Grundmaterials des Poloshirts wurde darauf Wert gelegt, dass es eine optimale Feuchtigkeitsregulierung (Lyocell Regenaratfaser) aufweist.

Das dienstliche Poloshirt erhöht die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen und verleiht dem Erscheinungsbild der niedersächsischen Polizei (auch in Kombination mit der Funktionsweste) im Sommer ein modernes, frisches Aussehen. Zudem wird der Tragekomfort – durch das besondere Grundmaterial auf Lyocell-Basis – der Alltagsuniform weiter optimiert.

Bevor das Poloshirt eingeführt wird, wird in Korrelation zur Funktionsweste eine Erprobung durchgeführt.

Foto: Polizei

Text:
Thomas Prange

Lesen Sie hierzu auch unseren Beitrag auf Seite 22 ff dieser Ausgabe von „pro-POLIZEI“

3. und 4. FEM Workshop

„Tragende“ Ergebnisse wurden auf den Weg gebracht

Bereits bei den ersten beiden FEM (Führungs- und Einsatzmittel) Workshops wurde ersichtlich, dass mit der Anpassung der Ausstattung an die veränderte Sicherheitslage auch eine Anpassung der Trageweise der FEM einhergehen muss. Mit diesem Ziel wurde am 25. Juli letzten Jahres der 3. FEM Workshop mit dem Thema „Weiterentwicklung der Trageweise von FEM“ durchgeführt, der zugleich den Grundstein für einen 4. FEM Workshop legen sollte.

Neben Fachvorträgen, verschiedenen Prototypen und regem Informationsaustausch zu Vor- und Nachteilen von Tragemöglichkeiten für die FEM trugen vor allem die zahlreichen Anregungen der Teilnehmenden zu einer sehr konstruktiven und überaus erfolgreichen Veranstaltung bei. Es kristallisierte sich deutlich heraus, dass die zahlreichen FEM am Koppel nicht als Hilfestellung im Alltag, sondern mittlerweile als eine Belastung empfunden werden. Neben dem unbequemen Sitzen im Funkstreifenwagen kommt dabei dem Sicherheitsaspekt beim Tragen der FEM im Rückenbereich sowie dem geballten Gewicht im Hüftbereich bei verschiedenen Bewegungen, wie dem Laufen, eine besondere Bedeutung zu.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass das sichere, bequeme Mitführen von FEM und die schnelle Zugriffsmöglichkeit eine zentrale Rolle spielen und bei den Teilnehmenden hohe Prioritäten einnehmen. Zudem sollte die Tragemöglichkeit noch individuell anpassbar sein.

Die vorgestellten verbreiterten Gürtel, Hosenträgersysteme, speziellen Jacken mit eingearbeiteten Holstern und Netzüberwürfe waren aus Sicht der Teilnehmenden nicht geeignet, die vorhandenen FEM sinnvoll zu tragen. Zusammenfassend äußerten die Teilnehmenden

nahezu einstimmig, dass der Bedarf in Richtung einer Weste geht.

Auf Grundlage dieser Anregungen in dem 3. FEM Workshop wurden unterschiedliche Firmen / Institutionen kontaktiert, um sich mit der Problemstellung und den gewonnenen Lösungsansätzen auseinanderzusetzen. Unter anderem wurden in einem ersten Schritt mehrere Prototypen von Westen, sogenannten Funktionswesten, entwickelt. Die entstandenen Prototypen wurden beim 4. FEM Workshop vorgestellt und im Rahmen von kleinen Arbeitsgruppen bezüglich der Optik, Beschaffenheit und Funktionalität bewertet.

Als direkte Fortsetzung des 3. FEM Workshops wurde Ende vergangenen Jahres der 4. FEM Workshop mit dem Thema „Weiterentwicklung der Trageweise von FEM - Gestaltung einer Funktionsweste“ durchgeführt. Im Mittelpunkt des Workshops stand der offene Meinungsaustausch zur Vorbereitung der Erprobung der Funktionsweste, die den Kolleginnen und Kollegen zukünftig die Last von ihrem Einsatzgürtel nehmen soll.

Wieder folgten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen des Einsatz- und Streifendienstes, der Verfügungseinheiten, des SET und aus den Bereichen der Sachbearbeitung „WuE“ der Einladung des MI, um an dieser Vorbereitung mitzuwirken. Vor dem Hintergrund einer etwas abgewandelten Durchführung des Workshops wurde der Teilnehmerkreis dieses Mal etwas kleiner gehalten, was sich zurückblickend als zielführende Variante herausgestellt hat. Der Hauptbestandteil des Workshops war ein „World Café“, in dem sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an fünf Ständen den Mustern der Funktionsweste, einer Hör-/Sprechgarnitur sowie den kürzlich zur Erprobung eingeführten FEM aus den





vorangegangenen Workshops widmen konnten.

Hier wurde umfangreich begutachtet, hinterfragt, ausprobiert und anschließend der persönliche Eindruck ausgetauscht. Das vielfältige Angebot sowie redliches Interesse der Teilnehmenden, die einzelnen Themen voranzutreiben, sorgten für reichlich Gesprächsstoff.

Im besonderen Fokus aber standen natürlich die Muster der Funktionsweste. Hier wurde genau auf das Gesamtwerk und die einzelnen Elemente geschaut. Die Anregungen der Kolleginnen und Kollegen wurden an den dafür zur Verfügung gestellten Metaplanwänden mit Kärtchen festgehalten. Auf diese Weise konnte man sich am Ende des Workshops ein sehr gutes Gesamtbild von dem Entwicklungspotential der Muster machen.

Der Schwerpunkt der Anregungen der anwesenden Kolleginnen und Kollegen lag zweifelsohne auf dem ballistischen Schutz der Weste, der bei den vorgelegten Mustern nicht vorgesehen war. Die Muster der Weste beschränkten sich entsprechend der Thematik des Workshops auf die Weiterentwicklung der Trageweise der FEM.

Im Nachgang zum Workshop wurde der Prototyp für eine Funktionsweste mit ballistischem Schutz

Text:
Thomas Prange



Fotos: Polizei

gestaltet (siehe Beitrag Seite 20 ff), welche im Laufe des Jahres erprobt wird. Konsequenter Weise beinhaltet dies auch die Erprobung eines Polo-shirts mit Klettverschlüssen und ohne Knöpfe, um die Gefahr von sogenannten Sekundärgeschossen so gering wie möglich zu halten.

„Lebensbedrohliche Lagen“

Landesarbeitsgruppe identifiziert Handlungsfelder und überprüft taktische sowie lagespezifische Konzepte

Der nach wie vor weltweit operierende und in vielfältigen Facetten anzutreffende Terrorismus stellt aktuell sowohl national als auch international immense Anforderungen an die Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Terroranschläge wie zum Beispiel in Ansbach, Berlin oder am Hauptbahnhof in Hannover haben dabei wiederholt verdeutlicht, dass die Bundesrepublik Deutschland im besonderen Fokus von terroristischen Organisationen und Einzelpersonen steht.

Wie insbesondere die jüngere Vergangenheit gezeigt hat, fällt es den Sicherheitsbehörden dabei zunehmend schwerer, Täter im Vorfeld einer Tat eindeutig zu identifizieren beziehungsweise eine mögliche Tathandlung vorherzusehen. Dies liegt unter anderem daran, dass sich der Tätertypus sowie die Wahl der Tatmittel und der Tatörtlichkeiten häufig verändern und somit keinem einheitlichen Schema zugeordnet werden können.

In diesem Zusammenhang ist auch die Landespolizei Niedersachsen gefordert, sich ständig auf die benannten Veränderungen einzustellen und die polizeiliche Aufbau- und Ablauforganisation an die neuen Herausforderungen anzupassen. Vor diesem Hintergrund wurde die Polizeiakademie Niedersachsen beauftragt, das im September 2016 mit Erlass MI 25.12-03051 in Kraft gesetzte Erstinterventionskonzept „Besondere Lagen“ zu evaluieren, bei Bedarf anzupassen und das Thema insgesamt konzeptionell weiter zu entwickeln.

Dieses grundlegende Erstinterventionskonzept (für lebensbedrohliche Einsatzlagen) ist in der Erstphase anzuwenden. Sobald im Rahmen eines Einsatzes der zunehmende Informationsgewinn eine spezifische Lagebestimmung zulässt oder es die Lageentwicklung erfordert, ist von dem grundlegenden Erstinterventionskonzept auf die bestehenden, lagespezifischen Einsatzkonzepte umzuschwenken.

Auf Grundlage der Resultate länderübergreifender Gremienarbeit sowie der Berücksichtigung bereits vorhandener themenbezogener Rahmen- und Einsatzkonzeptionen besteht der Projektauf-

trag der Landesarbeitsgruppe „Lebensbedrohliche Einsatzlagen“ demnach in der Identifizierung neuer Themenschwerpunkte/Handlungsfelder und einer daraus resultierenden Modifizierung des bestehenden Handlungskonzeptes mit einhergehender Überprüfung bereits bestehender taktischer aber auch lagespezifischer Konzepte.

Dem Leiter der Landesarbeitsgruppe, PD Jörg Henne, war es somit wichtig, zu Anfang eine Bestandsaufnahme zu machen und dazu wurden Referenten nicht nur aus Niedersachsen eingeladen, die in interessanten, zum Teil bewegenden Vorträgen viele Problematiken derartiger Lagen aufgezeigt haben. Hier konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer viele Impulse für das weitere Vorgehen der Arbeitsgruppe mitnehmen.

Henne: „Neben einem einheitlichen Sprachgebrauch legen wir großen Wert auf einen modularen Aufbau und die Berücksichtigung der Inhalte bisheriger Grundlagentrainings sowie von themenbezogenen Rahmen- und Einsatzkonzeptionen.“

Neben den Vertreterinnen und Vertretern aller Polizeibehörden des Landes Niedersachsen sowie des Landeskriminalamtes Niedersachsen und der Polizeiakademie Niedersachsen wird die Landesarbeitsgruppe temporär durch Vertreterinnen und Vertreter des Niedersächsischen Innenministeriums unterstützt.

Im Anschluss an die konstituierende Sitzung Anfang März fand ein zweitägiges Seminar am dem Fortbildungsstandort Lüchow statt. Dabei schilderten zwei Berliner Polizeibeamte in beeindruckender Weise ihre Erlebnisse im Rahmen des Anschlags am Berliner Breitscheidplatz. Darüber hinaus wurden Erfahrungen der niedersächsischen Polizeibehörden sowie der Spezialeinheiten und -kräfte im Umgang mit dem aktuellen Trainingskonzept ausgetauscht.

Es herrschte seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dahingehend Einigkeit, dass eine regelmäßig an täter- und tatbezogene Faktoren angepasste Aus- und Fortbildung der Polizeibeamtinnen und -beamten einen wesentlichen



Text:
Jörg Henne,
Sven Holzschneider

erfolgskritischen Faktor für die polizeiliche Bewältigung von lebensbedrohlichen Einsatzlagen darstellt. Ergänzend wurde deutlich, dass sowohl ein einheitlicher Sprachgebrauch im Zusammenhang mit terroristischen Anschlagsszenarien als auch eine Verbesserung der Erkennbarkeit der Einsatzkräfte, eine Intensivierung des Zusammenwirkens mit Spezialeinheiten und -kräften, die mentale Vor- und Nachbereitung, die Berücksichtigung alternativer Einsatzszenarien sowie die Maßnahmen der taktischen Einsatzmedizin einen Einfluss auf die Weiterentwicklung des Konzeptes nehmen müssen.

Die Aufzählung der Themenfelder ist dabei keinesfalls abschließend. Sie unterliegen, wie auch das Phänomen an sich, stetigen dynamischen Veränderungen beziehungsweise Ergänzungen. Eine umfassende und detaillierte Problembearbeitung sowie zukünftig andauernde Überprüfungs- und Adaptionprozesse sind somit zwingend erforderlich, da nur dadurch das notwendige Hintergrundwissen vermittelt und letztlich Handlungssicherheit bei den Einsatzkräften erzeugt werden kann.

Henne: „Wir haben eine Arbeitsgruppe mit hoch motivierten und kompetenten Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die sicherlich ansprechende Ergebnisse erarbeiten werden, die wir natürlich auf einen leistbaren Aus- und Fortbildungsbedarf und auf Ausstattungserfordernisse hin betrachten wollen.“

Wenn Sie Hinweise oder Anregungen für uns haben, wenden Sie sich einfach per Mail an unseren Geschäftsführer Sven Holzschneider unter lag-lbel@akademie.polizei.niedersachsen.de

Foto: Polizei

Soziale Medien

Livebegleitung per Twitter aus der Einsatzleitstelle in Osnabrück

Text:
Marco Ellermann

Am 2. Februar veröffentlichte das Social Media Team der Polizeidirektion Osnabrück – zwischen 17 und 02 Uhr – über 125 Tweets zu Notrufen und Einsätzen, die durch die Kooperative Regionalleitstelle Osnabrück (KRLOS) koordiniert wurden. Bei den Sachverhalten ging es um die Geschehnisse aus den Regionen von Stadt und Landkreis Osnabrück sowie den Landkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim.

Ziel der Aktion: Zum einen der Bevölkerung einen Einblick in die tägliche Arbeit der Polizei zu geben sowie die komplexe, anspruchsvolle und vielschichtige Bewältigung von Aufgaben in einer Einsatzleitstelle darzustellen. Zum anderen durch

die offene und transparente Art und Weise das Vertrauen in die Polizei sowie das Verständnis für polizeiliche Maßnahmen zu fördern.

Ziel erreicht! Die Aktion stieß auf großes Interesse und kam bei den Usern sehr gut an. Viele waren der Meinung, dass solche Aktionen öfter stattfinden sollten. Die abgesetzten Tweets spiegeln die Bandbreite der polizeilichen Arbeit wider – darunter auch Skurriles. Es ging beispielsweise um einen Raub auf einer Tankstelle in Osnabrück, Ruhestörungen, Verkehrsunfälle, Betrug, entlaufene Tiere, Einbrüche, Diebstähle, Körperverletzungen, vermisste Personen, Sachbeschädigungen, Fahndungen, Hausfriedensbrüche. Beispiele:



Bei einem Raub auf eine Tankstelle in Osnabrück, konnten durch umfangreiche Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen zwei Tatverdächtige am frühen Morgen des nächsten Tages vorläufig festgenommen werden.

Ein Anrufer aus Emlichheim meldet, dass er sein 2016 gestohlenen Boot in einer Kleinanzeige in Coevorden (Niederlande) entdeckt hatte. Daraufhin nahm die hiesige Einsatzleitstelle mit der niederländischen Polizei zwecks weiterer Maßnahmen Kontakt auf.

Ein Mann aus Fürstenu meldete seine Hunde über die 110 als gestohlen. Später stellte sich heraus, dass er diese lediglich zu Hause gelassen hatte.

In einem weiteren Fall meldete ein älterer Mann aus Bersenbrück sein Scheckheft als gestohlen. Bei ihm sei nach seinen Angaben eingebrochen worden. Wenig später meldete er sich erneut und gab an, dass sein vermisstes Scheckheft unter dem Sofa lag.

Erste Ausbaustufe im Betrieb

Polizeilicher Informations- und Analyseverbund

Der Polizeiliche Informations- und Analyseverbund – kurz PIAV – ist mit der Ausbaustufe 1 im Wirkbetrieb und hat den Kriminalpolizeilichen Meldedienst „Waffen- und Sprengstoffkriminalität“ bereits abgelöst. Die bevorstehende PIAV-Erweiterung zum 1. Juni dieses Jahres nahm die proPOLIZEI-Redaktion zum Anlass, mit dem Projektleiter PIAV, KD Martin Rangnow (Bild), über die damit einhergehenden Neuerungen und Anforderungen zu sprechen.

? *Wie sieht es mit dem PIAV-Wirkbetrieb bislang aus?*

Rangnow: Seit gut zwei Jahren können wir nun schon auf den PIAV-Wirkbetrieb zurückblicken und stellen fest, dass der PIAV im Wesentlichen gut und stabil läuft und ein richtiger und wichtiger Schritt in Richtung einer „Polizei 4.0“ ist. Natürlich klappt bei einem derart umfangreichen Projekt nicht immer alles sofort, und die Waffen- und Sprengstoffkriminalität ist auch sicherlich nicht die Deliktsform, die in einem PIAV schnell viele Treffer hervorbringen kann. Dennoch konnten wir viele Erfahrungen sammeln.

Insbesondere erweist es sich als richtig und zeitgemäß, bereits in das VBS NIVADIS eingegebene Vorgangsdaten über eine programmierte Schnittstelle zu nutzen und damit das Prinzip der Einmalangabe und Mehrfachnutzung von Daten anzuwenden. Mit dieser entlastenden Arbeitserleichterung der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung sind wir nun auch startklar für die Ausbaustufe 2 und den Einstieg in die Massenkriminalität.

? *Was passiert beziehungsweise ändert sich ab Juni dieses Jahres?*

Rangnow: Zum 1. Juni werden Meldeverpflichtungen der Rauschgiftkriminalität, der Gewaltdelikte sowie der gemeingefährlichen Straftaten in den PIAV überführt und die bestehenden INPOL-Altanwendungen abgeschaltet. Diese Ausweitung auf weitere Kriminalitätsfelder bedurfte neben der IT-Entwicklung und Programmierung einer Be-

schulung weiterer Sachbearbeiter und der hinzugekommenen Qualität sichernden Beamten (QSB) in der Fläche. Für diese unterschiedlichen Kraftanstrengungen auf Seiten aller Bediensteten bedanke ich mich ausdrücklich!

? *Was erwarten Sie von dem Wirkbetrieb der nächsten Ausbaustufe?*

Rangnow: Ich bin mir sicher, dass wir relativ zeitnah deutlich mehr Treffer als bislang im PIAV erzielen werden, da die nun hinzukommenden Kriminalitätsarten weitaus umfangreichere Vorgangsdaten mit sich bringen. Da aus den Vorgangsdaten des Quellsystems NIVADIS die PIAV-Meldungen automatisiert generiert werden, kommt der Datenqualität bei der Vorgangserstellung insofern hohe Bedeutung zu.

Zudem bleibt die Kenntnis wichtig, dass der PIAV kein kriminalpolizeiliches Fahndungssystem ist! Der PIAV löst den Kriminalpolizeilichen Meldedienst sowie die INPOL-Fallanwendungen sukzessive ab. Das bedeutet, die Recherche im PIAV gelangt zunehmend an Bedeutung.

Sowohl die fehlerfreie Einmaldateneingabe im VBS NIVADIS als auch die Fähigkeit, im PIAV recherchieren zu können, ziehen sich damit wie ein roter Faden durch die Polizei und stellen eine der Kernkompetenzen aller Polizeibeamtinnen und -beamten dar.

? *Wie wird es nach der Wirkbetriebaufnahme weitergehen?*

Rangnow: Seitens des Projektes PIAV werden wir noch in diesem Sommer – nach Aufnahme des Wirkbetriebes Stufe 2 – die Realisierung weiterer sogenannte Usability-Verbesserungen testen und hoffentlich zeitnah umsetzen können. Daneben werden wir weiter für Schulungsverbesserungen hinsichtlich NIVADIS und SAFIR werben, damit unsere Kolleginnen und Kollegen auch in den Stand versetzt werden, die Systeme, die sie bedienen sollen, anwenden zu können.“



Das Projekt PIAV wird durch den Fonds für die Innere Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert

Foto: Polizei

„Die Notrufzentrale“

TV-Sender VOX bietet Einblicke in die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

„Man sieht sie nie – doch im Ernstfall sorgen sie für schnelle Hilfe“, heißt es bei der Vorankündigung zur Sendung „Die Notrufzentrale“. Täglich erreichen die Kooperative Regionalleitstelle Osnabrück (KRLOS) etwa 400 Anrufe über den Notruf 110. Die Kolleginnen und Kollegen müssen unmittelbar entscheiden wie ernst die Lage am anderen Ende der Telefonleitung erscheint und koordinieren schnellstmöglich die Einsätze. Dabei hat die Kooperative Regionalleitstelle nicht nur Osnabrück, sondern auch die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim im Blick und ist dadurch Anlaufstelle für knapp eine Million Menschen.

Wie sich die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in der KRLOS gestaltet, steht im Mittelpunkt einer Doku-Reihe im Fernsehen. Seit dem 5. Februar 2018 strahlt der Sender VOX die Sendung jeweils montags um 22:15 Uhr aus und gewährt dabei Einblicke hinter die Kulissen. Die Doku ermöglicht es dem Zuschauer, die Notrufe über 110 sowie 112 und die Geschichten hinter den Anrufen hautnah und authentisch mitzerleben.

Für die Dreharbeiten begleitete ein Filmteam im Juli 2017 insgesamt sechs Kolleginnen und Kollegen über mehrere Tage und filmte sie während ihrer Arbeit. Im Anschluss fanden gemeinsame Termine zur Abstimmung der Inhalte statt und die jeweiligen Folgen wurden mit der Beteiligung der Protagonisten besprochen. Die eingegangenen Notrufe wurden für die Veröffentlichung neu vertont. Im ähnlichen Zeitraum fanden dann Drehtage mit der Feuerwehr Osnabrück statt, die sich



ebenfalls an dem Format beteiligten. Zudem wurde in den Leitstellen der Polizei Potsdam und der Feuerwehr Nürnberg gedreht. Die Osnabrücker Kolleginnen und Kollegen waren am 5., 19. und 26. Februar sowie am 19. März zu sehen. Insgesamt zehn Folgen sind in der ersten Staffel geplant – eine zweite Staffel wird zurzeit produziert.

Text:
Nadine Kluge-Gornig

Fotos: Polizei

Alumni

der Polizei Niedersachsen

Wer oder was ist Alumni? Tatsächlich wird diese Frage häufig gestellt und sie kann weder mit einem Wort, noch mit einem Satz beantwortet werden, daher ein paar Zeilen zur Erläuterung von „Alumni“:

Der lateinische Begriff „Alumni“ bezeichnet im Allgemeinen die Absolventinnen und Absolventen einer Hochschule oder einer vergleichbaren Bildungseinrichtung. Bezogen auf die Polizei Niedersachsen bedeutet dieses, dass alle ehemaligen Studierenden, also zurzeit knapp 4.500 Polizei-

vollzugsbeamtinnen und -beamte des Landes Niedersachsen, zum Kreis der Alumni zählen. Die Anzahl steigt jährlich um 800 bis 1.000 Absolventen, die ihre Ausbildung an der Akademie erfolgreich absolvieren.

Ziel der Alumni-Arbeit ist es, einen engen Kontakt der Absolventinnen und Absolventen zur Bildungseinrichtung zu fördern, Ehemalige persönlich und fachlich zu vernetzen sowie Gelegenheiten zum persönlichen und fachlichen Austausch zu schaffen. Kurz gesagt: Alumni-Arbeit dient dazu, Menschen zielorientiert zusammenzubringen, um eine fachliche und persönliche Weiterentwicklung zu unterstützen.

zen.

Vor diesem Hintergrund wurde 2012 ein Alumni-Netzwerk eingerichtet. Bereits zu Beginn des Studiums erhalten alle Anwärterinnen und Anwärter Zugang zu der Lernplattform Stud.IP und können sich darüber mit aktiven und ehemaligen Studierenden online, in der Folge dann aber häufig auch offline, austauschen.

Darüber hinaus zählt die Fertigstellung des jährlichen Absolventenbuches ebenso zu den Aufgaben der Alumni-Arbeit wie die Initiierung gemeinsamer themenbezogener Aktivitäten.

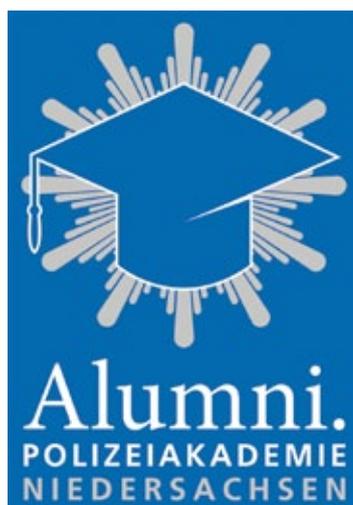
Um die Interessen der Alumni in die Arbeit der Polizeiakademie Niedersachsen einfließen zu lassen, aber auch um herausragende Leistungen ehemaliger Studierender zu würdigen, lud die Polizeiakademie Niedersachsen Ende vergange-

nen Jahres die fünf besten Absolventinnen und Absolventen der letzten vier Jahrgänge (BA 05/2011 – 08/2014) sowie die drei Bestplatzierten des seit 2016 vom Verein der Freunde der Polizeiakademie Niedersachsen e.V. ausgelobten und unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport stehenden Polizeiakademie Awards zu einem zweitägigen Workshop nach Hann. Münden ein.

Unter dem Motto „Alumni – Fördern, weil die Zukunft fordert!“ folgten insgesamt 20 „High-Potentials“ der Einladung der Polizeiakademie Niedersachsen. Nach einem Impulsreferat des Leiters des Alumni-Büros der Georg-August-Universität Göttingen, Bernd Hackstette, zur Bedeutung, den Möglichkeiten und den Chancen der Alumni-Arbeit an Hochschulen, diskutierten die „High-Potentials“ mit den Alumni-Verantwortlichen der Polizeiakademie Niedersachsen über die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Alumni-Arbeit in der niedersächsischen Landespolizei, insbesondere an der Polizeiakademie Niedersachsen.

In drei Workshop-Runden wurden die Ideen der „High-Potential“ zur Alumni-Arbeit in den Themenbereichen „Technik“, „Events“ und „Persönliche Entwicklung“ engagiert gesammelt und priorisiert, so dass sie in die Fortentwicklung der Alumni-Arbeit und in den Ausbau des Alumni-Netzwerks einfließen können. Deutlich wurde der Wunsch nach fachlich-inhaltlicher Vernetzung. Ziel für 2018 ist es, erste Maßnahmen umzusetzen und die gewonnenen Erkenntnisse in die Fortschreibung des bestehenden Alumni-Konzepts der Polizeiakademie Niedersachsen einfließen zu lassen.

Text:
Torben Schnepel



Dialog auf Augenhöhe

Ministergespräche werden fortgesetzt

Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, setzt die bereits im vergangenen Jahr begonnene zweite Runde der Ministergespräche in den Niedersächsischen Polizeibehörden fort. Der Auftakt fand am 4. April in der Polizeidirektion Braunschweig statt. Rund 200 Beschäftigte aus dem Zuständigkeitsbereich dieser Flächenbehörde waren der Einladung des Ministers gefolgt.

„Es ist mir wichtig aus erster Hand zu erfahren, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Polizei bewegt“, so Minister Pistorius. „Denn nur in offenen und ehrlichen Diskussionen kann ich mir ein konkretes Bild davon machen und ungefiltert erfahren, wo der Schuh vielleicht drückt und wo wir noch etwas verbessern können. Ich bleibe auch dabei: Eine klare und direkte Kommunikation ist der beste Weg für eine gute Zusammenarbeit. Und die Ministergespräche sind dabei ein wichtiger, zusätzlicher Baustein.“

In der Tat hatten die Kolleginnen und Kollegen der PD Braunschweig Redebedarf: In 90 Minuten beantwortete Minister Pistorius insgesamt 26 Fragen. Dabei ging es um vielfältige Themen: Abschiebungen, Cybercrime und das niedersächsischen Straßengesetz wurden ebenso thematisiert wie das Beurteilungssystem der Polizei, Baumaßnahmen sowie die grundsätzliche Attraktivität des Polizeiberufes.

Ein Kollege fragte den Innenminister zudem, wie er sich die Fehlerkultur in der Polizei künftig vorstelle. Jeder mache Fehler, so

Minister Pistorius. Entscheidend sei jedoch, wie damit umgegangen werde: „Wichtig ist es vor allem, Fairness zu wahren. Fehler passieren, das ist völlig normal und das sehe ich auch nicht negativ. Die allermeisten Fehler sind nicht zuletzt auch Chancen, daran zu wachsen und einen positiven Lerneffekt zu erzielen. Von einem offenen Umgang mit Fehlern können alle Beteiligten am Ende also sogar profitieren.“

Weitere Ministergespräche folgen noch in der Polizeiakademie Niedersachsen und den Polizeidirektionen Lüneburg, Hannover und Oldenburg. Die zweite Runde dieser Veranstaltungsreihe begann bereits Ende letzten Jahres mit Terminen in der ZPD in Hannover, den Polizeidirektionen in Osnabrück und Göttingen sowie zuletzt dem Landeskriminalamt.



Text:
Jan Lüdtko

Foto: Polizei

In Niedersachsen gibt es noch echte Typen.

Prototypen vor allem.

Nicht nachzumachen.

Unsere Typen sind auch einzigartig: Die Hochleistungslaser aus Niedersachsen bearbeiten jedes Material mit höchster Präzision – zum Beispiel Solarzellen.



Schon entdeckt?

Auch in dieser Anzeige ist ein Pferdeapfel versteckt: nur als kleiner Hinweis auf unsere Produktivität. Und weil bei Innovationen genau wie bei Pferdeäpfeln gilt: Richtig gut ist es erst, wenn's rund ist.

www.innovatives.niedersachsen.de



Nicht stillzuhalten.

Niedersachsen hat auch Prototypen gegen den Stillstand – wir bauen Fahrzeuge, die vor Gefahren warnen, selbst einparken oder sogar komplett allein fahren können.



Niedersachsen

Sie kennen unsere Pferde. Erleben Sie unsere Stärken.

